



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 21.11.2016

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadtrat Tom Abele
Stadträtin Lucia Authaler
Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Hans-Peter Brenner
Stadtrat Otto Deeng
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ralph Heidenreich
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Bruno Mader
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadträtin Silvia Sonntag
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

entschuldigt:

Stadtrat Friedrich Kolesch

Gast:

Herr Erne

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien,Kommunikation,Bürgerengagement

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien,Kommunikation,Bürgerengagement

Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen

Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait

Siegfried Brugger, Bauverwaltungsamt

Carola Christ, Stadtplanungsamt

Verena Fürgut, Persönliche Referentin des OB

Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg

Siegfried Kopf, Hochbauamt

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Brigitte Länge, Ordnungsamt

Margit Leonhardt, Kämmereiamt

Markus Merkle, Baubetriebsamt

Mark Rechmann, Tiefbauamt

Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer

Tanja Schneider, Amt für Bildung,Betreuung u,Sport

Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg

Robert Walz, Gebäudemanagement

Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt

Erster Bürgermeister Roland Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Grußwort Ortsvorsteher Theo Imhof	
2.	Schulentwicklung der städtischen Grundschulen und der Pflugschule	2016/073 + 2016/073/1
3.	Sanierung Wieland-Gymnasium Entwurf und Kostenberechnung	2016/081 + 2016/081/1
4.	K 7532 Aufstieg B 30 / Verkehrskonzeption Stadt Biberach - aktueller Projektstand	2016/071
5.	Gestaltungsbeirat der Stadt Biberach an der Riß	2016/074
6.	Aufstellung des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften "GE- Mittelbiberacher Steige"	2016/079
7.	Vergabe von Straßennamen im Baugebiet Hauderboschen und dem Gelände der SANA-Klinik	2016/063 + 2016/063/1
8.	Bericht zur Haushaltsplanentwicklung des Eigenbetriebes Stadtent- wässerung - III. Quartal 2016	2016/078
9.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2017 der Stadt Biberach	

Die Mitglieder wurden am 10.11.2016 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 16.11.2016 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Grußwort Ortsvorsteher Theo Imhof

Ortsvorsteher Imhof begrüßt die Stadträte und die anwesenden Gäste. In Rißegg bewege sich derzeit unheimlich viel und er freue sich sehr über die Sitzung des Gemeinderats hier in Rißegg.

TOP 2. Schulentwicklung der städtischen Grundschulen und der Pflugschule

**2016/073 +
2016/073/1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2016/073 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 10.11.2016 und im Bauausschuss am 14.11.2016 vorberaten. Dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 2016/073/1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Zeidler führt wie folgt in die Beratungen ein: "Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr auf diesen Tagesordnungspunkt. Er beinhaltet einige sehr wichtige Weichenstellungen für die Schullandschaft in unserer Stadt. Zudem handelt es sich um einen der wichtigsten Beschlüsse in dieser Legislaturperiode. Ganz besonders freue ich mich, auch einige Rektoren zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßen zu dürfen.

Was schlagen wir Ihnen vor? Ein ganzes Bündel von Maßnahmen, ob damit gordische Knoten durchschlagen werden überlasse ich ihrer Bewertung.

Folgende Vorschläge beziehungsweise Beschlussvorschläge haben Sie heute zur Abstimmung: Die Braithschule soll nach dem Vorschlag der Verwaltung am jetzigen Standort bleiben und einen Erweiterungsbau auf dem Areal des Braithweg-Kindergartens erhalten, welcher von der evangelischen Kirche erworben werden konnte. Das Raumprogramm für den Erweiterungsbau, in welchem vor allem Ganztagesräume und Räume für die Hortbetreuung untergebracht werden sollen, ist mit der Schule unter Prüfung der neuen Schulbauförderrichtlinien abzustimmen.

Das SBBZ (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum) soll mit der Primar- und Sekundarstufe im Pflugschulgebäude bleiben und hat dort aufgrund der übersichtlichen Schülerzahlen sehr großzügige Räumlichkeiten, welche bei einem möglichen Raumbedarf anderer städtischer Einrichtungen genutzt werden sollen. Hierzu hat in der vergangenen Woche ein konstruktives Gespräch zwischen der Schulleitung und dem städtischen Amt für Bildung, Betreuung und Sport stattgefunden. Die Kindertagesstätte mit ihren drei Kindergartengruppen verbleibt ebenfalls im Pflugschulgebäude, der Hort erhält auf dem Braithweg-Areal Räumlichkeiten direkt an der Braith-Grundschule, wodurch sich die Kita in der Wielandstraße räumlich verbessern wird.

Das Lehrschwimmbecken an der Grundschule Birkendorf soll jedoch zeitnah geschlossen werden. Ein Ersatz soll am Hallensportbad errichtet werden, um die aktuellen Zeiten der städtischen Schulen übernehmen und auch ein Angebot für Vereine und nichtstädtische Schulen weiterhin anbieten zu können. Eine entsprechende Kostenbeteiligung ist noch zu prüfen. Die Stadtwerke wären Bauherren des Anbaus und rechnen mit Kosten in Höhe von 2,88 Millionen Euro. Dies wären dann die Nettokosten, da es ein Betrieb gewerblicher Art ist.

Der komplexeste Punkt unserer heutigen Vorlage ist sicherlich die Zukunft der Birkendorf Grundschule. Aus vielerlei nachvollziehbaren Gründen wollen wir hier vor allem EINES: Zeit gewinnen. Deshalb plädieren wir dafür, dass die Standortentscheidung der Grundschule Birkendorf unter Betrachtung eines möglichen Neubaus im Talfeld erst mittelfristig getroffen werden soll – bis dahin soll die Raumsituation an der Schule durch einen zusätzlichen Pavillon merklich und sofort entlastet werden. Ein Beschluss hierzu ist für den Januar 2017 vorgesehen. Unserer Meinung nach

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

braucht die Schule diese Entlastung zeitnah und zwingend – übrigens unabhängig von unten bleiben oder oben bauen – um S 21 an dieser Stelle umzukehren!

Zur Genese – noch Anfang Oktober wurde mir eine Sitzungsvorlage vorgelegt, die einen Neubau im Talfeld vorschlug. Als ich die aufgerufene Summe von circa 20 Millionen Euro Baukosten sah, verschlug es wiederum mir die Sprache, was selten vorkommt, und ich habe mir erlaubt, das hausintern nochmals zu hinterfragen.

Ich weiß, dass Sie diesen von uns avisierten Zeitgewinn unterschiedlich bewerten und zum Teil bereits heute gerne eine endgültige Entscheidung treffen würden, es gibt jedoch gute Gründe das heute nicht zu tun. Lassen sich mich einige nennen:

- Aufgrund der schwierigen Grunderwerbsverhandlungen im Talfeld sind die Neubaugebiete Talfeld B und C zeitlich hinter die Realisierung der Neubaugebiete Hauderboschen und Breite, Rindenmoos gekommen. Die Auswirkungen aus der Erweiterung des Talfelds werden daher erst mittel- bis langfristig an der Grundschule Birkendorf spürbar.
- Die Erschließung (Entwässerung) der neuen Grundschule ist nach wie vor auf dem Prüfstand. Eine schnelle Lösung würde Mehrkosten von 500.000 Euro mit sich bringen. Aktuell werden noch Leitungsrechte verhandelt, um eine günstigere Variante realisieren zu können.
- Die Kosten für einen Neubau der Grundschule im Talfeld sind sehr hoch; circa 20 Millionen Euro mit zuzüglich rund 2,5 Millionen Euro für Erschließung und Grunderwerb. Dies liegt unter anderem auch an den aktuell sehr hohen Preisen in der Baubranche.
- Des Weiteren sind Zuschussfragen von Landesseite her noch nicht geklärt – die Prüfung kann über ein Jahr in Anspruch nehmen. Einen Zuschuss gibt es bei vorhandenem geeignetem Schulraum nur, wenn schulorganisatorische Gründe für eine Schließung des jetzigen Standorts sprechen oder das jetzige Schulgebäude sanierungsunfähig wäre; aus technischer, nicht aus wirtschaftlicher Sicht. Die Verwaltung empfiehlt, keinen Beschluss zum Neubau einer Schule im Talfeld zu fassen, bevor nicht geklärt ist, ob es einen Landeszuschuss nach den neuen Schulbauförderrichtlinien gibt.
- Die Bausubstanz am jetzigen Schulgebäude der Birkendorf-Grundschule ist aktuell in Ordnung, eine Generalsanierung wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu empfehlen, um die vorhandene Restlaufzeit von bis zu 15 Jahren nicht zu unterschreiten. Außerdem sehe ich andere Schulen (PG, Mittelberg-Grundschule und WG) und deren Bausubstanz in einer anderen Dringlichkeit als die Birkendorf Grundschule. Mit der von uns vorgeschlagenen Vorgehensweise erreichen wir mit einem relativ geringem Aufwand eine hohe Entlastung.!

Meine Damen und Herren – wir wissen, dass unsere Vorlage heute an einem Punkt nicht vollständig ist. Wir haben Ihnen keine Kosten errechnet für die Generalsanierung inklusive möglicher Ergänzungsanbauten an der Birkendorf Grundschule. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass das nicht so nebenbei aus dem Ärmel seriös ermittelbar ist – unser nächster Tagesordnungspunkt „Sanierung des WG“ ist diesbezüglich eine Steilvorlage, das heißt ich werte diesen Malus als vertretbar. Wir wollen Ihnen das seriös gerechnet und ermittelt bis Mitte 2020 nachreichen.

Fazit: Wenn wir die von uns allen ausgerufene „Entschleunigung“ erst nehmen, dann können wir heute verbalen Bekenntnissen Taten folgen lassen – auch deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu dieser Vorgehensweise."

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

StR Abele teilt mit, dass es in den Ausschüssen bereits lange Beratungen dazu gegeben habe. Der Bildungsbereich sei äußerst dynamisch, von daher müsse man zum Vorschlag, die Entscheidung hinsichtlich des Talfelds ins Jahr 2020 zu verschieben, schon feststellen, dass die Mühlen hier sehr langsam mahlen. Man habe es sich in der Fraktion nicht einfach gemacht, könne aber mit den Beschlussanträgen mitgehen. Die Aufgabe des Schwimmbeckens in Birkendorf gehe für die CDU in Ordnung, schließlich habe man bereits bei der Entscheidung über einen Neubau oder eine Sanierung des städtischen Hallenbads über die Andockung des Schwimmlehrbeckens nachgedacht. Insofern sei dieser Schritt nachvollziehbar. Den Ziffern 3 zur Braith-Grundschule und Ziffer 4 zum Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentrum könne man ebenfalls zustimmen. Zu Ziffer 1 möchte er anmerken, dass die CDU-Fraktion dieses Thema bereits 2012 aufgerufen und sich Gedanken darüber gemacht hatte, wie es dort weiter gehen könne. 2013 habe man dann den Neubau der Grundschule im Talfeld beantragt. Seitdem hätten sich die Rahmenbedingungen leicht verändert und der Grundstückserwerb im Talfeld sei im Moment etwas schwierig. Die Verwaltung habe zunächst eine Containerlösung vorgeschlagen, die eine Million Euro hätte kosten sollen. Hierüber sei man etwas erschrocken, denn für eine Interimslösung, von der man nicht wisse, wie lange sie Bestand haben werde, wäre dies doch sehr viel Geld gewesen. Man habe dann auch bei der Verwaltung interveniert und eine sehr viel günstigere Alternativlösung gefunden. In diesem Zusammenhang möchte er Schulleiter Bott für dessen pragmatische Mithilfe bei der Suche nach einer Übergangslösung danken. Die CDU werde Ziffer 1 des Beschlussantrages zustimmen, aber er möchte deutlich zum Ausdruck bringen, dass man bald eine Berechnung der Baukosten haben möchte. Das Thema dürfe nun nicht einfach für die nächsten vier Jahre ruhen. Spätestens 2020 sollte die die endgültige Entscheidung über den Schulstandort gefällt werden.

StRin Kübler nimmt zunächst zur Braith-Grundschule Stellung. Für sie sei es ein Vorteil, dass damit der Hort näher an die Grundschule heranrücke. Die Turnhalle sei jedoch sehr klein für diese Schule. Hierüber müsse man vielleicht noch einmal nachdenken und nach anderen Lösungen suchen. Bezüglich der Pflugschule habe es viele lange Diskussionen gegeben. Aufgrund der auf die Förderschule zugeschnittenen Sanierungsmaßnahmen sei für die SPD-Fraktion eigentlich klar, dass die Schule mit der Primar- und Sekundärstufe an der Pflugschule angesiedelt bleiben müsse. Das Lehrschwimmbecken müsse aus Sicht der SPD-Fraktion auf jeden Fall erhalten bleiben. Sie hätten bereits beim Neubau des Hallenbads dafür plädiert, auch das Lehrschwimmbecken dort anzudocken. Allerdings habe man sich damals mit Verweis auf den noch guten Zustand des Lehrschwimmbekens für dessen Verbleib bei der Birkendorf-Grundschule entschieden. Zur Birkendorf-Grundschule und einem eventuellen Neubau im Talfeld gibt sie an, etwas überrascht gewesen zu sein über den Vorschlag, die Birkendorf-Grundschule zunächst zu erhalten und die endgültige Entscheidung erst später zu fällen. Eine Grundsatzentscheidung zum jetzigen Zeitpunkt hätte die SPD-Fraktion befürwortet. Nun soll bis zum Jahr 2020 ein Konzept für die Generalsanierung erarbeitet werden. Dies sei gut, da es damit einen Gegenentwurf zu den im Raum stehenden 20 Millionen Euro für einen Neubau gebe. Wichtig sei für die SPD-Fraktion, dass nun schnell eine Entscheidung über eine Übergangslösung gefasst werde, denn die Raumnot an der Schule sei seit langem offensichtlich. Die SPD sei für den Erhalt des jetzigen Standorts, denn die Birkendorf-Grundschule sei zwar sanierungsbedürftig, ihrem baulichen Zustand aber noch nicht abrisstreif. Zudem müsse man bedenken, dass mit Wegfall des Schwimmlehrbeckens Raum für eine Erweiterung der Schule vorhanden wäre und diese optimal zur Firma Boehringer Ingelheim liege. Die SPD werde der Vorlage heute zustimmen, da ein Grundsatzbeschluss nichts mehrheitsfähig wäre. Sie hoffe aber, dass mit diesem Beschluss heute die aus Ihrer Sicht dringend nötige Sanierung der Mittelberg-Grundschule im Investitionsprogramm etwas weiter nach vorne rücken werde.

StR Hummler teilt mit, dass der Erweiterungsbau der Braithschule unstrittig sei und auch die Entscheidung zur Pflugschule in Ordnung gehe. An der Birkendorf-Grundschule sei eine sofortige Entlastung dringend nötig. Momentan über einen Neubau im Talfeld zu entscheiden hielte er für fahrlässig, zum einen aufgrund der Grundstücksproblematik im Talfeld und zum anderen aufgrund der noch offenen Frage der Landeszuschüsse. Ungeduld sei kein guter Ratgeber und die Verschiebung der Entscheidung somit zwingend. Er möchte anregen, Eltern aus dem Talfeld künftig auch unbürokratisch die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder in Mettenberg anzumelden. Das Amt für Bildung, Betreuung und Sport möchte er bitten, diese Frage mit dem staatlichen Schulamt zu klären. Im Übrigen sei er sehr gespannt auf die Gegenüberstellung der Kosten einer Generalsanierung beziehungsweise eines Neubaus. Er bezweifle, dass es 2020 bereits Klarheit über die Grundstücke im Talfeld sowie die Zuschüsse geben werde. Aber eigentlich müssten diese Bestandteil einer solchen Gegenüberstellung sein. Die Sanierung des Lehrschwimmbeckens sei keine Option und die Freien Wähler unterstützen natürlich den ersatzweisen Neubau beim Hallenbad.

StRin Hölz bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass die Birkendorf-Grundschule zunächst erhalten bleibt. Das Gebäude befinde sich noch in einem guten Zustand, aber der Platz reiche nicht mehr aus. Der geplante Pavillon könnte eine Entspannung bringen, zudem stünde mit dem Wegfall des Lehrschwimmbeckens eine Fläche zur Erweiterung der Schule zur Verfügung. Diese könnte dann eventuell auch barrierefrei umgebaut werden.

StR Funk teilt mit, dass die FDP-Fraktion allen vier Beschlussanträgen zustimmen werde.

StR Hagel teilt mit, dass er sich bezüglich der Birkendorf-Grundschule transparentere Zahlen gewünscht hätte. Dass der Platz an der Schule knapp und Sanierungsmaßnahmen notwendig seien, sei zwar allen bekannt. Mit Zahlen sei dies in der Vorlage aber nicht unterfüttert worden. Mittelfristig könnten bei einer Containerlösung 1,5 bis zwei Millionen Euro auf die Stadt zukommen. Was langfristig sein werde, wisse man einfach nicht. Aus diesen Gründen falle ihm eine Entscheidung schwer. Bei der Berechnung der Kosten für einen Neubau habe man einfach mit Maximalwerten gerechnet. Hätte man andere Zahlen als Ausgangsbasis genommen, hätte man auch Gesamtkosten von 14 Millionen Euro erreichen können. Damit möchte er nicht sagen, dass dies die bessere Lösung gewesen wäre. Aber man hätte ein anderes Zahlenmaterial gehabt, die einem die Entscheidung etwas erleichtert hätten. Er hoffe nun, dass die Zahlen bis 2020 vorliegen, denn das jetzige Verschieben koste auch Geld.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Grundschule Birkendorf bleibt mittelfristig erhalten. Die Entscheidung zum Bau einer neuen Grundschule im Talfeld mit Sporthalle wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen.
Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte 2020 ein Konzept und Kosten für eine Generalsanierung der Grundschule Birkendorf zu erarbeiten und dies einer Neubaulösung im Wohngebiet Talfeld gegenüber zu stellen.**
- 2. Das Lehrschwimmbecken an der Grundschule Birkendorf wird zeitnah aufgegeben. Als Ersatz soll ein Anbau am Hallensportbad mit Kosten von ca. 2,88 Mio. Euro netto entstehen.**

- 3. Die Braith-Grundschule verbleibt am jetzigen Standort und erhält einen Erweiterungsbau auf dem Areal des Braithweg-Kindergartens. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumprogramm zu erarbeiten.**

- 4. Das Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentrum mit dem Förderschwerpunkt Lernen verbleibt im Pflugschulgebäude mit der Primar- und Sekundarstufe.**

**TOP 3. Sanierung Wieland-Gymnasium
Entwurf und Kostenberechnung**

**2016/081 +
2016/081/1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2016/081 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 14.11.2016 vorberaten. Dessen einstimmige Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 2016/081/1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Baubürgermeister Kuhlmann erläutert, dass 10,85 Millionen Euro viel Geld sei für die geplante Sanierung. Ursprünglich seien für die energetische Sanierung 7 Millionen Euro vorgesehen gewesen. Nun sollen zusätzlich eine Betonsanierung durchgeführt und die Fenster erneuert werden. Darüber hinaus soll auch eine dezentrale Lüftungsanlage installiert werden. Mit der vorgesehenen zusätzlichen Ausstattung sowie den steigenden Baukosten käme dann eine Endsumme von 10,85 Millionen Euro zusammen, wobei in diesem Betrag aber bereits eine Risikovorsorge enthalten sei. Er bitte auch zu berücksichtigen, dass es am Wieland-Gymnasium während der 50-jährigen Nutzungsdauer nur wenig Sanierungen gegeben habe und das Gebäude nach Abschluss der Sanierungsarbeiten erheblich aufgewertet sein werde.

StR Hagel erklärt, dass es sich damals um eine wirklich tolle Schule gehandelt habe. Heute müsse man sich für das Gebäude fast schämen. Eine Sanierung sei dringend nötig und er wünsche sich, dass diese zügig vorangehe. Die genannte Summe sei plausibel. Zum Glück habe man die Sanierung der Fassade noch abwenden können, ansonsten sei man preislich bei 20 Millionen Euro gelandet. Das geplante Forschungszentrum sei aus seiner Sicht gut angelegtes Geld. Zur Möblierung erwarte er eine extra Vorlage. Prinzipiell sollte nur beschädigtes Mobiliar ausgetauscht werden.

StR Dr. Rahm stimmt seinem Vorredner zu, dass eine Sanierung dringend erforderlich sei. Auch begrüße er die Modernisierung, wenngleich er noch einige Probleme sehe. Die geplante Dreifachverglasung halte er für problematisch, da die Fassade unterschiedlich gedämmt sei. Auf diese Weise könnte Tauwasser entstehen. Zweitens sei eine dezentrale Lüftungsanlage laut, was den Unterrichtsbetrieb stören könnte. Als letzten Punkt weist er darauf hin, dass die Kosten des Brandschutzes aktuell noch nicht beziffert seien. Dies könnte teuer werden. Er meint, dass diese Fragen vorher hätten beantwortet werden sollen und bittet um getrennte Abstimmung.

StRin Bopp bezeichnet die Kosten in Höhe von 10,85 Millionen Euro als sportlich. Dies sei mehr als ursprünglich gedacht. Gleichwohl sei die Sanierung der Schule absolut notwendig. Auch sie ist der Meinung, dass der Brandschutz bisher nicht ausreichend untersucht wurde. Die Kosten hierfür könnten explodieren. Eine Dachbegrünung werde von den Freien Wählern abgelehnt, das geplante Forscherzentrum jedoch begrüßt. Den Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro für die neue Ausstattung können die Freien Wähler nicht zustimmen. Sie erwarten eine detaillierte Liste im ersten Quartal 2017 und eine Überprüfung der Wünsche durch das Gebäudemanagement. Insbesondere solle darauf geachtet werden, dass schadstofffreie Materialien eingesetzt werden.

StR Weber stellt klar, dass an der Sanierung der Schule kein Weg vorbeiführe. Es sei wichtig, die Schulleitung hier mit einzubeziehen. Eine Dachbegrünung wäre toll, es sei aber auch eine Photovoltaikanlage denkbar.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

StR Braig bekundet seine Zustimmung zu den Ziffern 1 bis 3. Der Dachbegrünung hingegen werde die FDP nicht zustimmen. Diese sei wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Baubürgermeister Kuhlmann nimmt Bezug auf die von StR Dr. Rahm aufgeworfenen Fragen und erläutert, dass die Dämmung untersucht wurde. Die damit verbundenen Probleme seien beherrschbar. Der Einbau einer dezentralen Lüftungsanlage sei möglich, man habe sich im Vorfeld andere Schulen angeschaut, dort habe es keine Probleme gegeben. Bezüglich des Brandschutzes räumt er ein, dass aktuell noch nicht alle Risiken beziffert werden können. Hinsichtlich der Dachbegrünung weist er daraufhin, dass nicht intensiv begrünt werden könne.

Ohne weitere Aussprache stellt OB Zeidler die einzelnen Ziffern des Beschlussantrages einzeln zur Abstimmung.

Ziffer 1 wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2 wird bei 7 Enthaltungen (StRe Heidenreich, Holl, Keil, Kübler, Mader, Dr. Metzger, Dr. Rahm) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 3 wird bei 6 Enthaltungen (StRe Holl, Keil, Kübler, Mader, Dr. Metzger, Dr. Rahm) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 4 wird bei 13 Ja-Stimmen (StRe Heidenreich, Holl, Keil, Kübler, Mader, Dr. Metzger, Dr. Rahm, Hölz, Dr. Schmid, Sonntag, Weber, Dr. Wilhelm, OB Zeidler) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Sanierungsumfang wird zugestimmt.**
- 2. Den dargestellten Sanierungslösungen wird zugestimmt.**
- 3. Der Kostenberechnung über 10.850.000,-- € wird zugestimmt.**

TOP 4. K 7532 Aufstieg B 30 / Verkehrskonzeption Stadt Biberach 2016/071
- aktueller Projektstand

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/071 zur Kenntnisnahme vor. Die Vorberatung und Kenntnisnahme erfolgte im Bauausschuss am 14.11.2016.

Ohne Aussprache hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 5. Gestaltungsbeirat der Stadt Biberach an der Riß

2016/074

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/074 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 14.11.2016.

Baubürgermeister Kuhlmann erklärt, dass die Mitglieder des Gestaltungsbeirats maximal zweimal für zwei Jahre im Gestaltungsbeirat mitwirken dürfen. Für die nun zu erfolgende Berufung gebe es zwei Vorschläge. Bei dieser Auswahl sei wichtig gewesen, dass beide Personen aus der Praxis kommen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Architektin Julia Klumpp und der Stadtplaner Dr.-Ing. Bernhard Fahle werden in den Gestaltungsbeirat berufen.

TOP 6. Aufstellung des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften 2016/079
"GE-Mittelbiberacher Steige"

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/079 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 14.11.2016.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 16-013 vom 16.09.2016, mit unterbrochener, bandierter Umrandung gekennzeichnete Gebiet wird das Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „GE – Mittelbiberacher Steige“ auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 BauGB eingeleitet.

TOP 7. Vergabe von Straßennamen im Baugebiet Hauderboschen und dem Gelände der SANA-Klinik 2016/063 + 2016/063/1

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2016/063 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 10.11.2016 vorberaten. Dessen mehrheitliche Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 2016/063/1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Zeidler weist darauf hin, dass ein Bürger vorgeschlagen habe, die ursprünglich als "Röntgenstraße" vorgesehene Straße in "Wilhelm-Röntgen-Straße" umzubenennen. Schließlich werde bei den anderen Straßen auch jeweils der Vorname der Person mitgenannt. Er greife diesen Vorschlag gerne auf und möchte die Vorlage daher in dieser Form modifiziert zur Abstimmung stellen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Straßen auf dem Gelände der SANA Kreisklinik und im Baugebiet Hauderboschen sollen wie folgt benannt werden:

- a) Gelände SANA Kreisklinik**
 - Marie-Curie-Weg
 - Paracelsusstraße

- b) Baugebiet Hauderboschen**
 - Schweidnitzallee
 - Röntgenstraße
 - Robert-Koch-Straße
 - Mildred-Scheel-Weg
 - Albert-Schweitzer-Weg

TOP 8. Bericht zur Haushaltsplanentwicklung des Eigenbetriebes 2016/078
Stadtentwässerung - III. Quartal 2016

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/078 zur Kenntnisnahme vor. Die Vorberatung und Kenntnisnahme erfolgte im Bauausschuss am 14.11.2016.

Baubürgermeister Kuhlmann berichtet, dass die Hochwasserereignisse Mehrausgaben ausgelöst haben. Im Gegenzug sei Geld eingespart worden durch Baumaßnahmen, die zeitlich noch nicht umgesetzt werden konnten. Voraussichtlich würden demnächst die Gebühren gesenkt, die entsprechende Vorlage sei bereits fertig und werde den Stadträten in den nächsten Tagen zugesandt.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 9. 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2017 der Stadt Biberach

OB Zeidler äußert sich zur Einbringung des Haushalts 2017 wie folgt: „Werden, Entwicklung, Entfaltung“, so hat der Philosoph Hegel gesagt, „ist das allgemeine Gesetz der menschlichen Dinge!“ – was in Biberach wird, wo Entwicklung stattfindet und sich gewinnbringend entfalten kann, das diskutieren und entscheiden wir in den kommenden vier Wochen – ein mutiger Beginn ist der halbe Gewinn, so eine Volksweisheit – wir haben mit 1.580 Gramm Papier mutig begonnen, Sie haben mit insgesamt 68 Anträgen nachgelegt – die Kunst wird in den kommenden Wochen daraus bestehen, für uns alle einen Gewinn zu generieren.

Die Rahmenbedingungen werden vom Makro ins Mikro dabei immer komplexer: Die USA haben gewählt – das Ergebnis ist hoffentlich von einem gewaltigen Unterschied zwischen Schein (im Wahlkampf) und Sein (im Amte) geprägt. Die Briten haben gewählt – der Brexit bestätigt die Auffassung, dass immer mehr Menschen weniger Sinn im geeinten Europa erkennen wollen. Dabei gibt es doch so viele Begründungen für einen gemeinsamen Weg in Europa: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, ein starker Sozialstaat, die Bereitschaft, Konflikte durch Kompromisse zu lösen, offen gegenüber der Außenwelt zu sein und Ehrlichkeit gegenüber der Geschichte. Das alles sind doch tragfähige Fundamente für Europa und dazu wollen und werden wir auch zukünftig in Biberach unsere Beiträge leisten z.B. durch lebendige Städtepartnerschaften.

Und auch in Baden-Württemberg und zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern wurde gewählt: Die dortige Landesregierung bekam trotz 61 Prozent Zufriedenheit des Wahlvolkes (infratest – dimap Umfrage) mit über 20 Prozent AfD-Wählern mal ordentlich eine vor den Bug, was bei einem deutlich steigenden Wirtschaftswachstum, bei steigendem Tourismus, bei einer Halbierung der Arbeitslosenzahl, einem ausgeglichenen Haushalt und das alles bei einer äußerst geringen Quote von Flüchtlingen ja auch irgendwie dringend „angesagt“ war – sie kennen ja meinen Hang zur Ironie!

Populismus auf allen staatlichen Ebenen? Auch auf der kommunalen, auch bei uns? – mir macht das Sorge und ich sage Ihnen ehrlich, dass ich für so eine Form und so einen Umgang auf kommunaler Ebene nicht zur Verfügung stehen möchte und werde. Ich glaube, dass die basisdemokratische Grundstruktur der Kommunen, die gelebte, greifbare und persönlich bemühbare Lebensnähe der Kommunalpolitik uns vor Demagogen zwar nicht bewahren wird, uns aber die Möglichkeit gibt, dagegen zu halten, mit Präsenz, Engagement und Transparenz. Dafür möchte ich in dieser Haushaltsrede zuallererst werben. Lassen Sie uns miteinander auch ein Gespür dafür entwickeln, wo wir selber von Fakten zu Gefühlen abdriften, von Gemeinwohl zu Gruppenwohl, von Realismus in Dogmatik – und lassen Sie uns den Mut haben, uns gegenseitig hierauf sensibel zu achten und uns gegebenenfalls auch zu korrigieren. Der Spiegel trennt die Vorstellung von der Erkenntnis.

Meine Damen und Herren, nicht nur aus der gesamtstaatlichen von mir soeben bemühten Entwicklung heraus ist es sinnvoll, ab und an unsere Ortschaften immer wieder zu besuchen, für mich ist das immer auch der wohltuende Eindruck, dass die Welt zwischen Ringschnait, wo die Biberacher Sonne aufgeht und Stafflangen, wo sie dann wohl untergeht doch noch in Ordnung ist. Gut, dass wir eine unserer wichtigsten Sitzungen des Jahres in den Ortschaften machen.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

Daher - auch heuer eine kleine Hommage an unseren Gastgeber: Rißegg hat intensive Planungsprozesse hinter sich, die jetzt in die Realisierung gehen. Nach einem langen und intensiven Planungsprozess inklusive Kostendiskussion, hat der Bau des Kindergartens Rißegg mit dem Spatenstich am 26. Oktober nun endlich begonnen. Ich bin sicher, dass wir hier gemeinsam einen zukunftsweisenden Kindergarten zur optimalen Kinderbetreuung auf den Weg gebracht haben – insbesondere die Kooperation mit dem Landkreis und die damit verbundene gelebte Inklusion ist ein großer Zugewinn für diese Einrichtung. Sowohl Rißegg als auch Rindenmoos wachsen zukünftig weiter. In Rißegg wurden im Frühjahr die Bauplätze des kleinen Baugebiets „Alte Schulstraße/Heuweg“ verkauft, die Bebauung ist hier in vollem Gange. In Rindenmoos ist ein großes Baugebiet „Breite“ mit 8,6 Hektar in Planung, der Grunderwerb ist abgeschlossen und die Erschließung für 2018 geplant. Das nächste große Rißegger Projekt wird das Dorfgemeinschaftshaus sein. Das Raumprogramm für das Haus ist abgeschlossen, aktuell werden die Kosten für das gesamte Haus sowie die einzelnen Bereiche von Kirche und Vereinen ermittelt. Wenn diese Kostenberechnungen abgeschlossen sind, wird die endgültige Absprache mit Kirche und Vereinen getroffen – vorausgesetzt, alle Beteiligten wollen auch weiterhin kooperieren, kann der Baubeschluss vom Gemeinderat in 2017 getroffen werden. Im Investitionsprogramm ist der Bau für 2018/2019 vorgesehen. Schließlich möchte ich dem Ortsvorsteher, dem Ortschaftsrat und der gesamten Ortschaft noch meinen persönlichen Respekt zum Ausdruck bringen – Ihr Umgang mit dem Thema Biogasanlage war beispielhaft! Er hat gezeigt, dass es möglich ist, die Interessen von Ortschaft, Ortschaftsrat, Stadt und Anlieger in einem gemeinsamen Diskurs und ohne Vorwürfe oder Streitigkeiten unter einen Hut zu bringen. Die sachlichen Diskussionen, die intensive Information und der regelmäßige Austausch zwischen Baudezernat und Ortschaftsrat kann als Vorbild für viele andere Entscheidungsprozesse dienen, sowohl in der Kernstadt als auch in anderen Teilorten, die negative Entscheidungen mittragen sollten. Das war „Best practice“ – gegen den vorher bemühten Populismus!

Der Haushalt 2017 ist für mich ein besonderer: Nach demnächst vier Jahren als Oberbürgermeister habe ich bald die Hälfte meiner Amtszeit erreicht – ein Bergfest findet übrigens nicht statt. Trotzdem sei es erlaubt daran zu erinnern, dass ich bei meinem Amtsantritt hier einige Themen vorgefunden habe, die gebrannt haben, strukturell notwendig waren oder von Ihnen seit längerem gefordert wurden. Auch die Anzahl derer, die mir zu Beginn meiner Biberacher Tage Ihr Anliegen mit Priorität 1 ins Stammbuch geschrieben haben, war nicht unbeträchtlich: Zukunft und Organisation der Filmfestspiele; Zukunft der Pflugschule, zentral oder dezentral; Finanzielle Ausstattung der Jugendkunstschule; Unterstützung des Kinderschutzbundes; Finanzielle Ausstattung des Stadtteilhauses; Fortführung des Markenbildungsprozesses – WLAN, BC-App; Zukunft des Abenteuerspielplatzes; Verträge mit „Jugend aktiv“; Neuordnung des ABBS; Neustart der e.wariss; Zukunft des Roten Baus; Stadtpass ja oder nein?; Diskussion über Vereinszuschüsse; Sicherheitskonzept und Stiftungsgründung Schützenfest; Sanierung und Neubau von Kindergärten in städtischer und kirchlicher Trägerschaft; Und, und, und...

Ich bin dankbar, dass wir all diese Anfangsnebel gemeinsam lichten konnten und damit viele Einrichtungen, Organisationen und Vereine in unserer Stadt als verlässliche Partner gestärkt und bestätigt wurden. Ich möchte darauf verzichten, Ihnen die abgeschlossenen Bauprojekte der letzten Jahre vorzukauen – mir ist vielmehr die Erkenntnis wichtig: In Biberach tut sich was, da geht was. Und: wir machen das in einem guten, konstruktiven Geist miteinander! Das wird angesichts der unlängst beschlossenen 63 Tiefbau- und 34 Hochbauprojekte auch zukünftig so bleiben. Auch vor dem Hintergrund, dass mit den Themen Flüchtlingen und Hochwasserschutz mittlerweile

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

zwei große Herausforderungen neu auf der Agenda sind, die vor 4 Jahren niemand auch nur ahnen konnte. Letztendlich ist das nicht meine sondern unsere Leistungsbilanz!

Sehr dankbar bin ich übrigens dafür, dass eine Prognose des Haushalts 2014 nicht eingetreten ist. Die Rücklagen wurden damals für 2017 auf 67,7 Mio. Euro berechnet, faktisch haben wir in der allgemeinen Rücklage Stand Drucksache 66/2016 141,1 Mio. Euro plus die Pensionsrückstellungen in Höhe von 43,31 Mio. Euro.

Das sollte zum einen eine gewisse Gelassenheit, aber auch trotzdem einen nach wie vor wachen, hinterfragenden Blick auf alle Investitionen, personelle Entwicklungen und städtische Zuschüsse befördern – und damit dann endgültig zum Haushalt 2017!

Meine Damen und Herren, miteinander haben wir Bildung und Betreuung in den letzten Jahren als Thema Nr. 1 gesetzt. Einige Jahre lang wurden hier insbesondere Sanierungen zurückgestellt, die wir nun sukzessive nachholen müssen. Schritt für Schritt werden unsere Schulen saniert und das Platzangebot an die neuen Betreuungsanforderungen angepasst – die heutige Sitzung hat hierzu einen der wichtigsten Tagesordnungspunkte der letzten Jahre beinhaltet. Auch im Bereich der Kindergärten hat sich vieles verändert, ganz aktuell waren die beiden Spatenstiche der Kindergartenneubauten im Talfeld und in Rißegg, die Kindergärten Ulrika Nisch sowie St. Remigius in Stafflangen werden gerade erweitert und der neue Kindergarten Memelstraße kann zeitnah in Betrieb genommen werden – ich glaube Sie müssen weit gehen, um eine Stadt unserer Größe zu finden, in der fünf Kindergärten gleichzeitig modernisiert werden.

Neben der Gebäudeinfrastruktur werden auch die Betreuungsangebote immer wieder ausgebaut und angepasst, das ABBS arbeitet daran, die bestehenden Betreuungsmodelle zu vereinheitlichen, so dass die Strukturen übersichtlicher werden. Unsere Kindergartengebühren haben wir gemeinsam auf 10 Prozent unter dem Landesrichtsatz festgelegt, die Schulsozialarbeit wurde stellenmäßig aufgestockt und auch das schwierige Thema unserer Mensen und der Mittagsverpflegung mit einer Ausschreibung qualitativ gut und rechtlich sicher aufgestellt. Wie ernst wir das Thema Kinderernährung nehmen, zeigen unter anderem die Teilnahme am Pilotprojekt des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz „Große Küche – gutes Essen“ sowie die vier Verpflegungsausschüsse, in deren Rahmen die Eltern aktiv an der Kinderernährung beteiligt werden.

Wer aufmerksam den Vorbericht zum Haushalt liest – und das tun sie ja alle – der stellt den hausinternen Kampf der Kämmerei mit dem ABBS fest. Dabei wird auch zukünftig die Entscheidung über die Priorität „Kostendeckungsgrad versus Betreuungsangebote“ zum Glück bei Ihnen liegen. Ich finde: Wir sind auch hier mit Maß und Ziel unterwegs – Anträge, die eine Unzufriedenheit in diesem Bereich suggerieren, habe ich zum Haushalt 2017 keine gefunden. Ein Rechenbeispiel hierzu sei erlaubt: Würden wir die Reduzierung der Kindergartengebühren zurücknehmen und den Landesrichtsatz verlangen, erhöhten sich die Einnahmen der Stadt Biberach um sagenhafte 88.000 Euro der Kostendeckungsgrad mit kalkulatorischen Kosten von 15,27 Prozent auf 17,22 Prozent steigen.

Nur mal so als Relation: Ein Jahr Grundsteuersenkung 2016 entspricht über 10 Jahren der Reduzierung der KIGA-Gebühren um 10 Prozent unter Landesrichtsatz – weitere Spitzen zu dieser Thematik sind heute nicht mehr in meiner Rede enthalten. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir unsere Schulen und Kindergärten nicht als Kostentreiber der Kommune sehen,

sondern stattdessen offensiv damit werben sollten, welche modernen, flexiblen Bildungs- und Betreuungsangebote wir unseren Familien bieten.

Insbesondere für die großen Biberacher Wirtschaftsunternehmen, die ja maßgeblich dazu beitragen, dass wir uns diese Angebote leisten können, sind Familieninfrastruktur und Kinderbetreuung eines der zentralen Argumente, um Fachkräfte aus den Ballungsräumen hierher zu locken. Das wird mir in meinen regelmäßigen Gesprächen mit den Großen und Kleinen unserer Wirtschaft übrigens auch immer wieder bestätigt. Schließlich haben wir nicht umsonst im Landkreis Biberach die höchste Geburtenrate in Baden-Württemberg und die niedrigste Arbeitslosenquote im Land – das sind Markkerne und die, das haben wir doch gelernt, die sollten wir stärken!

Ebenfalls mit Priorität sehen und bewegen wir das Thema Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen. Da wir auf Biberacher Gemarkung aktuell keine größeren Flächen für Gewerbeansiedlungen haben, arbeiten wir gemeinsam mit Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen an einem Interkommunalen Industriegebiet. Ausschlaggebend dafür ist insbesondere der Bedarf eines großen Biberacher Unternehmens, hier in Biberach weiter zu wachsen – es liegt nun in mehreren Händen, ob Handtmann das in Biberach oder anderswo tut. An unserem Engagement das Unternehmen im Rißtal zu halten, wird da nichts scheitern! Um das Zielabweichungsverfahren voranzutreiben, waren wir als Delegation in der letzten Woche gemeinsam beim Regierungspräsidium – wir sind hier auf einem guten, aber rechtlich komplexen Weg!

Unsere Hochschule trägt entscheidend auch zur wirtschaftlichen Entwicklung Biberachs bei, die technische und biopharmazeutische Ausrichtung hilft unseren Unternehmen qualifizierte Fachkräfte zu finden. Ein wichtiger Entwicklungsschritt unserer Hochschule feierte in diesem Jahr 10-jähriges Jubiläum – medial leider etwas unterbelichtet, doch mit enormer Strahlkraft, auch für die Region. 2006/2007 nahmen die ersten Bachelor-Studierenden ihr Studium im Bereich Pharmazeutische Biotechnologie auf – 500 Bewerber hatten sich damals auf dieses nach wie vor deutschlandweit einzigartige Studienangebot an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften beworben – das war ein Meilenstein zur Sicherung unserer Hochschule, zum Ausbau des europaweit einzigartigen Hot spot „Biotechnologie“ zwischen Ulm und Biberach...und: Da müssen wir dran bleiben! Die BioRegionUlm ist mit mehr als 12.500 Beschäftigten zentraler europäischer Standort für die Entwicklung und die Produktion von Biopharmazeutika. Entsprechend vielseitig und reichhaltig ist das Bildungsprofil der Region, das ein entscheidender Standortvorteil ist. Diese Vorteile gilt es gemeinsam weiter zu entwickeln...und deshalb auch das ITZ, das Innovations- und Technologietransferzentrum Plus in Biberach. Die Gesamtkosten für das Projekt liegen bei 12,5 Millionen Euro, maximal 6,9 Millionen Euro davon kommen aus Fördermitteln, ein segensreicher Umstand, der das Projekt übrigens erst ermöglicht!

Im EEA-Prozess werden alle städtischen Überlegungen und Maßnahmen, die der Energiewende und dem Klimaschutz dienen, zusammengefasst. Im vergangenen Jahr fand unter anderem eine zweitägige Klausur des Energieteams statt und es wurde ein Netzwerktreffen mit anderen EEA-Städten organisiert. Schwerpunktmäßig wurden folgende Aufgaben erledigt: Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz „Innenstadt“, forcierte Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, Organisation eines E-Mobilitätstages, Inbetriebnahme einer zweiten Stromtankstelle auf dem Parkdeck, Erarbeitung eines E-Mobilitätskonzeptes, Erste Überlegungen zur Konkretisierung des Leitbilds im EEA-Prozess.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

Positive Auswirkungen auf den EEA-Prozess hat unter anderem auch das Stadtentwicklungskonzept 2015/2016. Neben Umweltschutzziele sind hier explizit auch Ziele des Klimaschutzes verankert worden. Denn der Klimawandel ist Fakt, die jüngsten Hochwasserereignisse haben uns auch hier vor Ort unsanft damit konfrontiert. Die nächste Zertifizierungsrunde für den EEA steht 2018 ins Haus!

Auf ein Thema bin ich seit ich hier Oberbürgermeister bin immer wieder angesprochen worden – die Rede ist vom ÖPNV. Sowohl unter Mobilitäts- als auch Klimaschutzgesichtspunkten ist ein gutes und umfassendes Nahverkehrsnetz für unsere Stadt von großer Bedeutung. Auch der Gemeinderat hat in verschiedenen Anträgen immer wieder Maßnahmen zur Verbesserung gefordert. Die Stadtwerke haben Ihre Anregungen und Ideen in der Aufsichtsratssitzung am 07.07.2016 ausführlich diskutiert und befürwortet.

Da das aktuelle Konzept des Stadtlinienverkehrs aus dem Jahr 1995 stammt und seither nur angepasst oder in einzelnen Teilen verbessert wurde, ist es an der Zeit, dieses grundsätzlich zu überprüfen und den ÖPNV der Stadt Biberach mit einem modernen Konzept auf die Zukunft auszurichten. Im Jahr 2017 soll der Stadtlinienverkehr genau unter die Lupe genommen werden. Der Landkreis und die Stadtverwaltung begrüßen diese Maßnahmen ausdrücklich, so dass zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 hoffentlich ein zukunftsweisendes Konzept umgesetzt werden kann.

Zum Abschluss bedanke ich mich bei Finanzbürgermeister Roland Wersch, dem gesamten Team der Kämmerei um Frau Leonhardt sowie dem Hauptamt, dessen Personalstelle unter der Leitung von Herrn Dürste mit dem Stellenplan ebenfalls einen großen Beitrag geleistet hat. Bedanken möchte ich mich aber auch bei jedem einzelnen meiner Gemeinderatskolleginnen und –kollegen – ich habe sie an unterschiedlichen Orten eifrig arbeiten sehen. Mit Ihren Anträgen zeigen Sie jedes Jahr aufs Neue, dass Ihnen die Entwicklung unserer Stadt am Herzen liegt, wo Sie ihre politischen Schwerpunkte sehen und setzen wollen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Ende meiner diesjährigen „Regierungserklärung“. Ich glaube, wir alle dürfen dankbar sein, in einer prosperierenden, innovativen Region zu leben und zu arbeiten und dabei als Stadt Biberach auch noch eines der wichtigsten Zugpferde zu sein.

Das ist jeden Tag eine Herausforderung, das ist jeden Tag ehrgeizig und ja, auch anspruchsvoll, mitunter belastend! Unser neuer Literaturnobelpreisträger Bob Dylan singt in seinem Song „Up to Me“: „Ich war zu halsstarrig, um mich jemals von erzwungenem Irrsinn regieren zu lassen.“ Die Tatsache, dass unsere Stadt über eine ordentliche Rücklage verfügt, treibt teilweise auch seltsame Blüten, immer wieder erreichen uns Ideen und Vorschläge, die sich bei genauerer Betrachtung als mutig und gewagt erweisen, von irrsinnig zu sprechen geziemt sich nicht – das denke ich mir aber ab und zu. Bleiben wir daher alle gemeinsam auch weiterhin mitunter halsstarrig und treffen unsere Entscheidungen mit Bedacht! Insofern freue ich mich auf die anstehenden Beratungen!"

EBM Wersch präsentiert die Rahmendaten des Haushaltsplans 2017. Die Powerpoint-Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

StR Abele äußert sich wie folgt: " Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Anwesende, wie seit Jahrzehnten üblich erwarten die Gemeinderäte Ende Oktober mehr oder weniger freudig das immer so um die 550 Seiten dicke Planwerk, um mit Spannung zu erfahren, was die Verwal-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

tung für die kommenden Jahre plant, um mit Erschrecken dann festzustellen, dass zukünftige Haushalte nicht mehr ausgeglichen werden können. Ich spreche gerade von der Vergangenheit. Seit ein paar Jahren ist dies etwas anders. Zwar kommt der Plan immer noch im Oktober, er ist immer noch 550 Seiten dick, aber Inhalt und Zahlen überraschen weniger und der Schreck bleibt zumeist aus. Zwei wesentliche Gründe seien hierfür genannt: Zum einen die für 2017 und die darüber hinaus derzeit prognostizierten guten Rahmenbedingungen: Volumen des Haushaltes, wir haben es gehört: 216 Millionen Euro; Gewerbesteueraufkommen auf hohem Niveau mit 95 Millionen Euro; Schulden im Kernhaushalt: keine; Rücklagen Ende 2016: 140 Millionen Euro; Investitionen im Bau für nächstes Jahr geplant: 25 Millionen Euro; Grunderwerb: 6 Millionen geplant.

Und trotz der Schlagzahl und hoher Umlagen: die schwarze Null steht, nicht nur im Bund. Zum anderen sei das im Sommer fortgeschriebene Investitionsprogramm genannt, welches eine solide und verlässliche Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre darstellt. Doch wir wissen, dass es ers- tens auch anders kommen kann als man zweitens denkt. Daher haben wir als CDU in den vergan- genen Jahren immer wieder das Thema Zukunftsfähigkeit aufgerufen und werden dies auch die- ses Jahr tun. Doch dazu später mehr.

2016 wird in Erinnerung bleiben, als das Jahr, in welchem das politische Koordinatensystem zum Nachteil verschoben wurde. Aber auch als ein Jahr der Solidarität und des Wohlstandes im Land. Uns bleibt dabei in Erinnerung: das Erstarken populistischer Strömungen bis hin zum Brexit und Donald Trump als neuer Präsident der USA; die Flüchtlingskrise; bei uns in Biberach das schlimme Hochwasser aber auch: wirtschaftliches Wachstum und niedere Arbeitslosigkeit; hohes gesell- schaftliches Engagement; stabile gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Was wird uns in 2017 erwarten, meine sehr geehrten Damen und Herren? Ich möchte hier nen- nen: verstärkte Integrationsbemühungen; die Auseinandersetzung mit den immer weiter ausei- nander driftenden politischen Strömungen. Insbesondere wird es auch um die Einheit der EU ge- hen. Aber auch der Ausbau der inneren Sicherheit sowie Sichern und Fortschreiben des Erreichten. Und dies alles unter weiterhin guten Rahmenbedingungen. Ich denke, wir dürfen weiter stolz auf unser Land sein. An dieser Tatsache ändert auch das plumpe Geschrei der Pseudopatrioten der AfD nichts daran. Die gesellschaftlichen Kräfte, die unser Land zu dem gemacht haben, was es ist, werden auch weiter kontinuierlich an unserer Zukunft arbeiten und sie werden es wie in der Ver- gangenheit gut machen. Ich bin am letzten Samstag aus Mazedonien zurückgekommen. Einein- halb Flugstunden von Biberach entfernt. Das nominale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist gerade mal ein Neuntel des unseren und die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent. Hier sieht man tatsächliche und wirkliche Probleme und dies mitten in Europa. Etwas mehr Zufriedenheit wäre daher durchaus angebracht. Um aber nicht falsch verstanden zu werden, ich weiß, auch in Deutschland gibt es Menschen, die kaum oder gar nicht an unserem Wohlstand teilhaben kön- nen. Das ist nicht gut und wir haben uns dieser Herausforderung zu stellen.

Das gerade Gesagte gilt im Kleinen auch für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger. Unse- re Aufgabe als Kommunalpolitiker ist, das Gemeinwesen so zu gestalten, damit sich alle Men- schen in unserer Stadt darin wiederfinden können. Unsere Aufgabe ist es, die Zukunftsfähigkeit der Stadt so zu entwickeln und zu erhalten, damit wichtige Akteure wie unsere Unternehmen hier eine Perspektive haben. Ich bin überzeugt, unsere Stadt hat das Potenzial an begabten Menschen und finanziellen Mitteln.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

Wir als CDU haben in den vergangenen Jahren immer wieder den Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Kommune gerichtet und dabei wenig Gegenliebe erfahren. Zu nennen sind hier die Zukunftswerkstatt (letztlich auf Intervention der Verwaltung vom Gemeinderat abgelehnt), das Konzept der finanziellen Zukunftssicherung (als Ersatz für die bereits 2011 geforderte Haushaltsstrukturkommission, jedoch ohne weitere Bearbeitung), die kennzahlenorientierte Steuerung städtischer Einrichtungen (von der Verwaltung in diesem Haushalt selbst gefordert, aber bis dato nicht auf der Agenda) oder die Auseinandersetzung mit dem Grundgedanken zum zukünftigen Bauen in Biberach (leider noch keine Rückmeldung auf unsere Initiative). Dennoch wollen wir wieder an die bereits in den Vorjahren skizzierte und mit Anträgen unterlegte zentrale Idee der Zukunftssicherung anknüpfen.

Ich will jetzt aber nicht nur kritteln, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir sehen viele gute Entwicklungen. Das Kostenverständnis in der Verwaltung ändert sich. Daher verzichten wir auf eine pauschale Kürzung in Anlage 11 wie im Vorjahr, auch wenn es Beispiele gibt, die wir nicht nachvollziehen können. Ich nenne hier die Anschaffung von Wasserspendern zu je 5000 Euro. Insgesamt jedoch stellen wir fest, dass sich die Ämter in ihren Ausgabewünschen disziplinierter verhalten. Positiv ist zudem die Entwicklung Bauplätze und Grunderwerb, ein altes CDU Anliegen. Zwei neue, große und schöne Baugebiete werden kommen. Übrigens: diese richten sich eben nicht gegen eine pragmatische Umweltpolitik, wie wir sie hier in Biberach mit Vorbild betreiben und hinter der wir als CDU stehen.

Wo sehen wir als CDU die Kernthemen?

1. Finanzen solide gestalten: Das Investitionsprogramm ist so abzuarbeiten, wie beschlossen. Nach 2020 sollten wir aber einen Gang zurückschalten. Die Entwicklung der Zuführungsrate sowie die Abhängigkeit von einem Gewerbesteuerzahler muss dabei im Auge behalten werden.
2. Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen weiter forcieren: Eine Gegenwartsorientierung reicht eben nicht aus. Als Beispiel sei hier die demografische Entwicklung angeführt. Themen wie Wohnen im Alter, aber auch neue Formen des Bürgerschaftlichen Engagements werden auf die Tagesordnung kommen müssen. Aber es gilt auch: immer mehr kann es nicht unbeschränkt geben. Wir benötigen ein pragmatisches Abwägen zwischen Wünschen und Notwendigkeit von Maßnahmen. Dies wird immer mehr das kommunale Handeln bestimmen (auch in Zeiten voller Kassen).
3. Wirtschaftliche Entwicklung sicherstellen: Wir müssen die Rahmenbedingungen weiter vorantreiben. Einnahmesicherung und Arbeitsplätze sind die Erfolgsgaranten für eine vitale Stadt.
4. Innere Sicherheit gewährleisten: In Zeiten zunehmender Verunsicherung über die Sicherheitslage in Deutschland sind alle staatlichen Ebenen gefragt, mehr für die objektive und subjektive Sicherheit zu leisten.
5. Gemeinschaftliche Kommunikation und soziales Miteinander fördern: Dies betrifft nicht nur das Flüchtlingsthema, sondern auch den Personenkreis, der sich subjektiv und objektiv abgehängt fühlt. Wir müssen das Handeln in der Kommune besser vermitteln. Das BIBERCH KOMMUNAL allein wird nicht ausreichen. Wir sehen die Folgen der Entfremdung zwischen Politik/Staat und Bevölkerung. Einfache Parolen führen zum Erfolg. Nicht nur in den USA oder Großbritannien, leider auch in Deutschland mit dem Erstarken der AfD: eine Partei ohne wirkliche Lösungen. Wir benötigen mehr Anknüpfungspunkte außerhalb von formalen Maßnahmen. Lassen Sie mich als Nega-

tivbeispiel die Beteiligung am neuen Stadtentwicklungskonzept anführen. Die Idee war richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Reaktionen jedoch bescheiden. Kommunikation und Miteinander müssen in die Breite gehen und können nicht von oben verordnet werden. Auch die lokale Agenda muss ich hier nochmals neu entwerfen.

6. Bildung und Betreuung sichern: Dies ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Wir haben das Niveau zu erhalten, aber dennoch ist kostenorientiert zu handeln. Wenn es dann mal keinen Aufzug im Kindergarten Memelstraße gibt, so geht nicht gleich das Betreuungskonzept unter. Die Aufwendungen für Bildung und Betreuung wurden in den letzten 12 Jahren verdreifacht und betragen 12,5 Millionen Euro brutto. Und vergessen wir nicht, dass der Kostendeckungsgrad mit 13 Prozent weit unter der gültigen Landesvorgabe von 20 Prozent liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU will ein verlässlicher Partner für eine erfolgreiche Stadt Biberach sein. Heute und in Zukunft. Wir haben uns daher mit Anträgen bewusst zurück gehalten, die zu einer Ausdehnung der Aufgaben führen und Geschenke verteilen. Unsere Anträge sollen dazu dienen, den Fokus auf das Wesentliche zu richten und Chancen aufzugreifen. Beispielhaft für unsere Anträge sei an dieser Stelle genannt:

1. Unser Antrag für einen Projekttopf „Sozial Benachteiligte“ zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements: Wir wollen einen Projekttopf einrichten, der mit 50.000 Euro dotiert ist. Diese Mittel werden auf Antrag bewilligt. Antragsberechtigt ist jede im Ehrenamt tätige Organisation oder Initiativen mit Sitz in Biberach.

2. Unser Antrag für ein Gewerbeflächenkonzept: Die Zukunftsfähigkeit der Stadt Biberach hängt in hohem Maße von der Ertragskraft und den Entwicklungsmöglichkeiten unserer Betriebe ab. Daher werden Grundlagen zum Management von Gewerbeflächen formuliert.

3. Unser Antrag zum Thema Sicherheit in Biberach: Wir beantragen die Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes um eine Stelle, um die Präsenzzeiten ausweiten zu können. Die Verwaltung soll zudem mit der Polizei in Kontakt treten, inwieweit sogenannte Sicherheitspartnerschaften umgesetzt werden können.

4. Unser Antrag zum Quartiersmanagement: Für die Stadt Biberach wird ein Quartiersmanagement eingeführt, damit stadtteilbezogen im sozialen Nahraum das Zusammenleben der verschiedenen Milieus und Altersgruppen, die Nachbarschaftshilfe, das bürgerschaftliche Engagement und auch das Sicherheitsgefühl gestärkt werden.

5. Unser Antrag zur Stellendeckelung: Der Stellendeckelungsbeschluss wird über das Jahr 2017 in der bisher gültigen Fassung fortgeführt. Jedoch: neuen Stellen z.B. in der Ausbildung können wir jederzeit zustimmen. Und, lassen Sie mich dies in diesem Rahmen sagen: Die CDU hat auch den Antrag gestellt, den Rad- und Gehweg zwischen Rißegg und Rindenmoos im Zuge der Entwicklung des Baugebiets Breite zu beleuchten.

Lassen Sie mich nun zum Schluss kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir wollen der Verwaltung explizit unseren Dank für ihr schnelles Reagieren auf plötzliche Ereignisse aussprechen, insbesondere bei der Hochwasserkatastrophe. In diesem Zusammenhang auch unser ausdrücklicher Dank allen beteiligten Helfern. Florierende Unternehmen, eine hohe Steuerkraft, ein solider Haushalt und das breite gesellschaftliche Engagement – mit diesen Voraussetzungen

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

gehen wir in das Jahr 2017. Lassen Sie uns gemeinsam die vor uns stehenden Aufgaben angehen, konstruktiv, sachlich und am Wohl der Stadt orientiert. In diesem Sinne gute Planberatungen mit einem hoffentlich großen Interesse der Bürgerschaft, verbunden mit dem Dank an alle Beteiligten am Planwerk: an die Verwaltungsspitze mit OB Zeidler und EBM Wersch, zusammen mit den Amtsleitern, hier vorweg Frau Leonhardt, sowie bei allen Beschäftigten. Wir bedanken uns auch bei unseren Unternehmen und bei allen ehrenamtlich Tätigen sowie bei sämtlichen Organisationen, Institutionen und Vereinen, denen das Wohl unserer Stadt und seiner Bürgerinnen und Bürger ein hohes Anliegen ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

StRin Kübler äußert sich wie folgt: „Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr verehrte Rißegger Ortschafträtinnen und -räte, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nach dem Heimspiel meines Vorredners und seinen Ausführungen, sowie der für mich ungewohnten Umgebung hier in dieser Halle sehe ich es als eine Herausforderung an, ebenso Ihre Aufmerksamkeit für meine Rede zum Haushaltsplan 2017 zu erhalten. Ich gebe mir jedenfalls die größte Mühe.

Unser Ansatz zur Herangehensweise an diesen Haushalt ist folgender: Die Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens, was letztendlich bedeutet, wir sind in allen Politikfeldern gefragt. Ob Betreuung, Bildung, für den sozialen Bereich, die Integration von Migranten und Flüchtlingen oder die Gewährleistung von Sicherheit im öffentlichen Raum – die Kommunen haben die Herausforderungen zu bewältigen. In bestimmten Bereichen ist es notwendig, das Land als zuverlässigen Partner an unserer Seite zu wissen, was bisher auch immer ganz gut funktionierte und in Zukunft hoffentlich auch so bleibt.

Wie bewältigen Stadt und Gemeinderat diese Herausforderungen: „Biberach dreht ein großes Rad“ – war vor kurzem im BIBERACH KOMMUNAL zu lesen. Auf einen Nenner gebracht, mit dem Investitionsprogramm 2016 – 2021 decken wir die Bereiche Betreuung, Bildung und Sicherheit ab. Die Spatenstiche für die Kindergärten in Rißegg und im Talfeld sind in den letzten Wochen erfolgt und die Um- und Anbaumaßnahmen am Ulrika-Nisch-Kindergarten im Wolfental und der Remigius-Kindergarten in Stafflangen schreiten voran. Bei den Schulen läuft es leider nicht ganz so rund. Die Baustelle Pflugschule brachte einige bauliche Überraschungen hervor. Die Sanierung des Wieland-Gymnasiums ist ein ganz besonderer finanzieller Kraftakt. Für unsere Fraktion gibt es allerdings im Bereich Energetik und Brandschutz noch einige offene Fragen, weshalb sich die Fraktion bei der Abstimmung vorhin auch enthalten hat.

Und wenn man im Bausektor auch von Sorgenkindern sprechen darf, dann sind das für die SPD-Fraktion die Birkendorf- und Mittelberg-Grundschule. Dass wir uns schon heute für den Standort Birkendorf aussprechen, habe ich bereits unter dem TOP 2 ausführlich erläutert. Was die Mittelberg-Grundschule betrifft, sind wir über das weitere Hinausschieben der dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen sehr unglücklich. Mit unserem Antrag zum Haushaltsplan starten wir einen wiederholten Versuch, die Schule in der Investitionsliste weiter nach vorne zu bringen. Der schlechte Bauzustand, die miserablen Energieverbrauchswerte, woran die maroden Fenster einen erheblichen Anteil leisten, erfordern ein zügiges Handeln.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

Zur Thematik Sicherheit und Integration: nach den beiden Starkregenereignissen in diesem Jahr hat der Hochwasserschutz höchste Priorität – daran hält auch die SPD-Fraktion fest. Beim Feuerwehr-Neubau läuft alles nach Plan. Eine zeitgerechte Infrastruktur ermöglicht auch eine Optimierung der Einsatzzeiten, wovon alle Biberacher Bürger im Ernstfall profitieren. Auch nehmen wir das Gutachterergebnis, das uns am 21. April dieses Jahres vorgestellt wurde, ernst und beantragen – im Sinne der Empfehlung - einen hauptamtlichen Feuerwehrkommandanten. Denn eine Stadt mit der Größe Biberachs kommt nicht drum herum, wenn sie in Zukunft auch bei Großschadensereignissen gewappnet sein will und den Bereich der Gefährdungseinschätzung, der sehr viele wichtige Aufgaben, wie zum Beispiel Brandschutzbegehungen, beinhaltet, professionell bearbeiten möchte.

Der Präsenzdienst steht zur Disposition, da Überlegungen im Raum stehen, diese Gelder dem Ordnungsamt für eine Personalstelle zur Verfügung zu stellen. Die gefühlte Sicherheit hat für die Bürgerschaft wie für uns einen hohen Stellenwert. Das bisherige Modell Ordnungsdienst mit einem Kooperationspartner wollen wir gerne beibehalten. Allerdings sollte es, der heutigen Zeit und Situation angemessen, weiterentwickelt werden. Denn die Ausgangslage für den Präsenzdienst war damals eine andere. Damals gab es sehr viele Jugendbanden und diese waren eigentlich der Anlass, diesen Präsenzdienst einzuführen. Heute brauchen wir gezielt Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Mitarbeiter können wesentlich glaubhafter und mit mehr Fingerspitzengefühl Konfliktlagen im Sinne unseres deutschen Ordnungsrecht entschärfen.

Was den sozialen Bereich betrifft, ist für uns der Einstieg in den sozialen beziehungsweise bezahlbaren Wohnungsbau durch den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft eine besondere Genugtuung. Jahrelang liefen wir mit unseren Anträgen ins Leere. Es war ein absolutes Tabuthema. Heute wäre es von Vorteil, wenn schon mehr von diesen Projekten bezugsfertig wären.

Kurz möchte ich auf einige im Vorbericht des Haushaltsplans gemachten Aussagen und Sachverhalte eingehen, die wir so nicht stehen lassen möchten. "Der Ergebnishaushalt sei im Hinblick auf die künftigen Anforderungen der Doppik nicht genehmigungsfähig." Diese Aussage ärgert uns aus zwei Gründen: Es werden zwar die Risiken bewertet – doch zur Risikovorsorge werden keine konkreten Vorschläge unterbreitet. Der Schwarze Peter wird an den Gemeinderat abgegeben. Allein die im Haushaltsplan eingestellten 25 Millionen Euro für den Neubau der Grundschule im Talfeld, die nun auf Vorschlag der Verwaltung mittelfristig geschoben werden soll, verzerren den Finanzrahmen der Stadt. Weiter wird ein antizyklisches Bauverhalten eingefordert. Das funktioniert aus unserer Sicht nur, wenn im ganzen Land die öffentliche Hand in eine Richtung ziehen würde – die Vorstellung allein zeigt jedoch schon die Verlierer auf. Es besteht ein Sanierungsstau in unserer Stadt und der ist nun mal nicht wegzureden. Wann, wenn nicht heute, gibt man das Geld zum Bauen aus? Von den hohen Standardanforderungen sollten wir uns allerdings verabschieden. Auf jeden Fall ist in der heutigen Zeit das Geld nützlicher im Bau angelegt, als auf der Bank. Das Gejammer wegen des Verzehrs der Rücklagen ist nicht nachvollziehbar. Es gibt nicht viele Städte, die eine Null-Verschuldung aufweisen können.

Auch werden die „sozialen Wohltaten“ hinterfragt, die für den Standort Biberach, wie wir meinen, ebenso wichtig sind. Wir halten zum Beispiel an der hohen Qualität in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen fest. Gebührenerhöhungen werden eingefordert, obwohl erst dieses Jahr Gebührenerhöhungen beschlossen wurden. Unser Fokus liegt darauf, dass ein lebendiges, vielfältiges, kreatives und solidarisches Leben für alle möglich bleibt.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

An dieser Stelle ist es an der Zeit, unseren herausragenden aber auch innovativen Biberacher Unternehmen und allen Bürgern, die in diesen Unternehmen arbeiten, zu danken. Sie sind es, die es uns ermöglichen, dieses große Rad zu drehen. Aus unserer Sicht sind soziale Errungenschaften, wie gute Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und wirtschaftliches Wachstum der Stadt mit finanzieller Solidität keine Gegensätze, sondern unabdingbar miteinander verwoben. Der Nachwuchs gut ausgebildeter, aktiver und selbständiger junger Menschen ist die Voraussetzung für den weiteren Erfolg unserer Unternehmen und des Gemeinwesens.

Neben einem so ambitionierten Investitionsprogramm, das aber gleichwohl in vielem nur fort-schreibt, was auf der Tagesordnung steht, kam in der Fraktion die Frage auf, „Sind damit Visionen auszuschließen?“ Das Ergebnis lautet eindeutig: Nein.

Zur Attraktivität einer Stadt und für deren Bürger gehören neben der Sanierung von Gebäuden und Straßen oder dem Erwerb von Baugrund zum Beispiel auch die Steigerung der Verkehrssi-cherheit, ebenso die Attraktivierung der Innenstadt für Fußgänger und Radfahrer sowie der Lärm-schutz für Anwohner. Um dies zu erreichen, fordern wir Tempo 10-Zonen im Altstadtbereich so-wie vor allen Schulen im Bereich der Hol-Bring-Zonen, wie es bereits an der Dollinger Realschule realisiert wurde. Allerdings gehört eine konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbe-schränkungen in der Innenstadt auch am Abend und am Wochenende dazu, denn wir beobachten immer wieder, wie vor allem in den Abend- und Nachtstunden es manchem Autofahrer Freude bereitet, mit quietschenden Reifen zum Beispiel über den Marktplatz zu rasen. Überhand nimmt zwischenzeitlich auch das Gehwegparken oder Parken in der zweiten Reihe. Warum nicht mehr den ruhenden Verkehr kontrollieren?

Nachdem der ÖPNV aus ökologischer Sicht immer mehr an Bedeutung gewinnt, beantragen wir neben einer aktuellen Konzeption das 1-Euro-Ticket für jede Busfahrt im Stadtbereich, was gleichzeitig auch eine tolle Werbung für den ÖPNV sein kann. An Markttagen können wir uns eine städtische Unterstützung eines Lieferservice für schwere Einkäufe vorstellen, die für 1 Euro nach Hause geliefert werden. Und zur Reduktion des Parkdrucks beauftragen wir die Verwaltung, das Steigerlager in städtischen Besitz zu bringen mit dem Ziel, die Gewerbeflächen und Tiefgarage zu sanieren, um diese wieder einer öffentlichen Nutzung zuzuführen. Es kann doch der Stadt nicht egal sein, dass im Bereich der Innenstadt ein großes Gebäude langsam aber sicher vor sich hin verrottet.

Mit diesem Maßnahmenpaket, auf das wir 2017 den Schwerpunkt legen, wollen wir einen Beitrag dazu leisten, wieder mehr Lust auf Innenstadt zu bekommen, den Einzelhandel zu stärken und den Park-Such-Verkehr zu reduzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Personalkosten sind immer ein ganz besonderes Thema. Doch ohne Personal funktioniert nun mal kein einziges Amt in der Stadtverwaltung. An dieser Stelle möchte die SPD-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre geleistete gute Arbeit in diesem Jahr danken. Dies gilt ebenso für die Kämmereiamtsleiterin Frau Leonhardt. Die Aufstellung des Haushaltsplans ist ja nur ein Teil ihrer Arbeit, wenn ich allein an die Doppikumstellung denke. Ebenso geht unser Dank an Herrn Baubürgermeister Kuhlmann und seine Amtsleiter. Ein arbeitsintensives Jahr liegt hinter Ihnen. Wir denken, 2017 wird der Druck im Kes-sel nicht geringer. Auch dem Dezernat IV mit Herrn Dr. Riedlbauer gilt unser Dank. Für die zahlrei-chen kulturellen Einrichtungen mit den vielfältigen Angeboten kann nur mit motiviertem und innovativem Personal eine hohe Kundenzufriedenheit erreicht werden.

Und Ihnen, sehr verehrte Zuhörer, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit."

StRin Goeth äußert sich wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Ortsvorsteher Imhof, meine Damen und Herren, vorneweg ein herzliches Dankeschön, dass wir in Rißegg zu Gast sein dürfen. Die Freien Wähler sind gerne hier. Der Teilort entwickelt sich prächtig. Es werden Wohnungen gebaut, ein neuer, attraktiver Kindergarten entsteht und ein Gemeinschaftshaus ist in Planung. Die Wogen, die der Biomassehof geschlagen hat, sind – so hoffen wir – inzwischen geglättet und die Bedenken ausgeräumt.

Nun zum städtischen Haushalt 2017: Die Haushaltsberatungen vor einem Jahr waren noch geprägt von der unerwarteten Nachzahlung von Gewerbesteuern im Jahr 2015. Ein Traumergebnis an Gewerbesteuer! Jetzt, nach 2 Jahren, holen uns die dadurch bedingten hohen Umlagen ein, und der Vermögenshaushalt muss ohne frisches Kapital auskommen. Im Gegenteil: 34 Millionen Euro müssen aus der Rücklage entnommen werden. Das ist für sich genommen kein Problem; wir wussten, dass dies so kommen würde.

Aber ohne dass sich die Rahmenbedingungen verschlechtert hätten, geht die Ertragskraft des Verwaltungshaushalts bis 2020 massiv zurück. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt, das heißt der Überschuss, der im Laufe eines Jahres erwirtschaftet wird und für Investitionen zur Verfügung steht, sinkt von 16 Millionen Euro im Jahr 2016 auf 2 Millionen Euro im Jahr 2020. Im gleichen Zeitraum müssen jedes Jahr über 20 Millionen Euro aus der Rücklage entnommen werden, um die vielen Ausgaben – jährlich mehr als 40 Millionen Euro allein für Investitionen - zu finanzieren. Hier scheint etwas aus dem Ruder zu laufen: Die Stadt erwartet auch in den nächsten Jahren satte Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 95 Millionen Euro. Das ist eine Größenordnung, von der andere Kommunen nur träumen können. Und in diesen fetten Jahren zehrt die Stadt Biberach ihre Rücklagen bis auf 20 Millionen Euro auf! Das ist geradezu grotesk und hier unterscheiden wir uns deutlich von der SPD, die dies als völlig unproblematisch betrachtet. Als Risikovorsorge und Liquiditätsreserve sind gemessen am Personalstand, dem allgemeinen Standard der öffentlichen Einrichtungen und den enormen freiwilligen Leistungen circa 130 Millionen Euro Rücklagen notwendig, um in mageren Zeiten über die Runden zu kommen. Auch Biberach hat kein Abonnement auf ständig steigenden Wohlstand. Auch Biberach ist von nationalen und internationalen Entwicklungen betroffen und darüber hinaus vom Gewerbesteueraufkommen einiger weniger großer Firmen abhängig. Nicht auszudenken, wenn eine dieser großen Firmen schwächelt! Nach dem neuen Haushaltsrecht, das ab 2020 gilt, wäre der Haushaltsausgleich bereits 2019 nicht mehr gewährleistet. Der Werteverzehr kann nicht mehr erwirtschaftet werden. Und das bei sprudelnden Einnahmen und Vollbeschäftigung!

Was läuft hier falsch? In dem ehrgeizigen Investitionsprogramm 2016 bis 2021 ff. sind Investitionen geplant, die personell gerade noch geleistet werden können. Aber die Finanzen geben das Volumen nicht her. Denn es besteht kaum eine Chance – und das hat auch EBM Wersch vorhin gesagt - die Einnahmen noch weiter zu verbessern.

Aber auch personell handelt es sich um eine Gratwanderung. Denn auch Fremdvergaben – von den 15 Hochbauprojekten im Planungszeitraum werden 14 fremd vergeben – benötigen personelle Unterstützung, Kontrolle und Abrechnung. Der Zeitdruck führt vermehrt zu Fehlern und der Ruf nach weiterem Personal wird laut. Ein Aufatmen ging durch die Reihe der Freien Wähler, als vor kurzem die Pläne für einen Grundschulneubau im Talfeld vorerst gestoppt wurden. 25 Millionen Euro hätte uns der Bau gekostet. Ein Teil davon wird in die Sanierung der Birkendorfschule

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

fließen, aber nur ein Teil, und intakte Bausubstanz wird nicht einfach vernichtet wie beim geplanten Abriss und Neubau der Mali-Turnhalle.

Bedingt durch den gegenwärtigen Bauboom laufen uns die Baukosten davon. Über neun Millionen Euro Mehrkosten gegenüber ursprünglichen Planungen sind bereits eingerechnet. Die Ursachen dafür sind unterschiedlich. Nochmals das Beispiel Mali-Turnhalle: Der Entscheidung für einen Neubau der Mali-Turnhalle lag ein Kostenvoranschlag von acht Millionen Euro zugrunde. Jetzt, wenige Monate später, gehen wir bereits von zehn Millionen Euro aus. Natürlich werden durch die Investitionen Werte geschaffen. Aber es handelt sich um Werte, die keine Einnahmen, sondern durch Flächenmehrung zusätzliche Ausgaben auslösen, für Heizung, Reinigung, Instandhaltung, Abschreibung... Durch die technische Hochrüstung ist für Bedienung und Wartung qualifiziertes Fachpersonal notwendig. Was früher ein Hausmeister erledigen konnte, erfordert heute einen Fachingenieur. Hier ist übrigens in jedem Einzelfall dringend zwischen technischem Nutzen und Wirtschaftlichkeit abzuwägen. Sollte das Geld eines Tages knapp werden, kann man Grundstücke, Wohnungen oder Wald wieder verkaufen, eine Schule, eine Turnhalle oder eine Straße nicht.

Aber auch in anderen Bereichen ist für uns kein Sparwille erkennbar: Kostensteigerungen bei der Kinderbetreuung, die durch Gebühren in keiner Weise gedeckt sind, steigende Zuschüsse an Dritte, keine Verbesserung der Kostendeckungsgrade von städtischen Einrichtungen, wachsende Bedarfe an Möbeln und Geräten, die im Einzelnen durchaus vertretbar erscheinen mögen, addiert aber zu beträchtlichen Ausgaben führen. Der legendäre Biberacher Standard lässt es nicht zu, dass gelegentlich improvisiert wird, dass Räume zum Beispiel mehrfach genutzt werden, dass Möbel kleine Gebrauchsspuren zeigen oder dass eine Einrichtung mal nicht auf dem modernsten Stand ist.

In den letzten zehn Jahren sind über 100 Personalstellen neu geschaffen worden, von 390 im Jahr 2007 auf 493 im Jahr 2017. Ein guter Teil entstand durch Übernahme weiterer freiwilliger Aufgaben. Allein im Jahr 2017 steigen die Personalkosten – insgesamt sprechen wir von 30 Millionen Euro pro Jahr – um zwei Millionen Euro. Davon sind 1,3 Millionen Euro extern bedingt, unter anderem durch Tarifierhöhungen. 700.000 Euro Personalkosten entstehen durch interne Personalaufstockungen. Insbesondere bei Bildung und Betreuung explodieren die Personalstellen und Personalkosten seit Jahren.

Ja, wir wollen eine gute Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns wichtig. Aber die Stadt Biberach geht beim Personal und bei den räumlichen Angeboten weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus. Die Biberacher sind diesen Standard gewöhnt. Aber wissen sie ihn auch zu schätzen? Erkennen sie den Unterschied zu anderen Regionen, zum Beispiel zu deren Kindertagesstätten, deren Turnhallen und Jugendhäuser, den Unterschied zum Mittagessensangebot mit drei Wahlmenüs in den Biberacher Schulmensen? Sind die Menschen in Biberach zufriedener, die Kinder glücklicher und klüger als anderswo? Ich lasse die Fragen so stehen.

Die Freien Wähler waren bereits bei den Haushaltsberatungen 2016 konsequenterweise sehr zurückhaltend mit Anträgen, und das sind sie auch heute. Im Gegenteil: Die Freien Wähler wären bereit, auch gegen Widerstände über Kürzungen und Verschiebungen von Investitionen auf der Zeitachse zu diskutieren. Wir stellen deshalb nur zwei Anträge, die Geld kosten: 1. Die Freien Wähler beantragen zwei Buswartehäuschen im Bereich Krummer Weg/Hochvogelstraße und

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

Guttenbrunnweg. 2. Die Freien Wähler wollen noch mehr Blumenschmuck in der Stadt, zum Beispiel entlang der Einfallstraßen, unter anderem der Memminger Straße.

Ihren Wunsch nach einer temporären Eislaufbahn in der Innenstadt auf einem der neu gestalteten Plätze stellen die Freien Wähler aus Sparüberlegungen erneut zurück. Eigentlich schade, denn leere Plätze machen eine Stadt nicht attraktiv. Sie müssen bespielt werden, von Handel und Gastronomie in Zusammenarbeit mit der Kommune. Eine Aufgabe des Stadtmarketing. Hier bietet sich eine Chance, auch junge Biberacher an ihre Stadt zu binden: Biberach klein. stark. lebendig – nicht nur an Schützen.

Dem Haushaltsplan für das Jahr 2017 können die Freien Wähler noch zustimmen. Die Einnahmen sind gut, die Ausgaben noch vertretbar. Wenn es im Laufe des Jahres 2017 jedoch nicht gelingt, das Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern, wenn es nicht gelingt, die Rücklagenentnahmen deutlich zu senken, sind künftige Haushalte auf der Basis der vorliegenden Finanzplanung für uns nicht mehr zustimmungsfähig. Die Bevölkerung und die einzelnen Fachämter werden immer ihre Wünsche vorbringen, manchmal mit großem Nachdruck. Auch aus den Reihen des Gemeinderats werden Jahr für Jahr kostspielige Anträge gestellt, die die Finanzen und das vorhandene Personal der Stadt über Gebühr strapazieren. Es ist jedoch die Pflicht des Gemeinderats, Notwendiges von rein Wünschenswertem zu trennen und die Finanzkraft der Stadt gerade nicht zu überfordern.

Die Freien Wähler danken den vielen Mitarbeitern in der Verwaltung, die an der Erstellung des Haushaltsplans mitgearbeitet haben, allen voran Frau Leonhardt, die das umfängliche Werk klar strukturiert und mit zahlreichen verständlichen Erläuterungen versehen hat."

StR Dr. Schmid äußert sich wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Ortschaftsräte, Pressevertreter und Bürger! Lassen Sie mich mit einem patriotischen Ausruf beginnen: "Oh, du liabs Herrgöttle von Biberach, lass an Schütza die Sonne scheinen und weiterhin viel Geld in unsere Stadtkasse fließen."

Unsere kommunale Politik ist geprägt von der Euphorie über die sprudelnden Steuereinnahmen in den letzten Jahren. Wir sind erfreut und stolz, dass unser Land, und vor allem Biberach, die Finanz- und Wirtschaftskrise hervorragend gemeistert hat und wir wirtschaftlich gut aufgestellt sind. Von daher konnten wir in den letzten Jahren vieles in Biberach anstoßen und bewegen. Ja, wir drehen ein großes Rad – doch müssen wir zunehmend gewappnet sein, nicht unter die Räder zu kommen, vor allem, wenn die Konjunktur wieder schwächelt oder sich eine erneute Rezession einstellt. Unser Wirtschaftssystem ist geprägt von zyklischen Verläufen. Wir müssen damit rechnen, dass auf die derzeitigen fetten Jahre wieder magere kommen können. Das heißt für uns, wir müssen sorgfältig, umsichtig und vor allem weitsichtig planen. Daher steht meine Fraktion voll hinter den Forderungen unseres Finanzbürgermeisters, keine weitere Aufzehrung der Liquiditätsreserve, um bei einer schwächelnden Konjunktur auch zukünftig handlungsfähig bleiben zu können. Bezüglich unseres ambitionierten Investitionsprogrammes heißt dies für uns: Priorisierung von kommunalen Pflichtaufgaben und Bildung einerseits, andererseits Streckung der anstehenden Projekte auf der Zeitachse.

Meine Damen und Herren, wir Grüne sehen uns im Gemeinderat als ein gewichtiger Mitgestalter unserer Stadtpolitik. Wir gehen weitgehend konform mit der Stadtverwaltung und den anderen Fraktionen in Bezug auf Schul- und Bildungspolitik, sozialen Wohnungsbau, Flüchtlingsproblema-

tik, Stärkung des bürgerlichen Engagements und der kulturellen Angelegenheiten. Als bürgerlich-ökologisch ausgerichtete Fraktion stehen wir mit den anderen mehr oder weniger im Dissens in den Bereichen Mobilität, Gestaltung der Innenstadt sowie Umwelt- und Klimaschutz.

Zur Mobilität: Unsere Stadt ist hochgradig verkehrsbelastet einhergehend mit Lärm und Abgasen sowie gesundheitlichen Gefährdungen unserer Bürger. Zudem steuern wir, wie es in den Rush-hours ersichtlich wird, zunehmend einem Verkehrsinfarkt entgegen. Für uns muss die Mobilität auf die Zukunft ausgerichtet sein – nachhaltig, klimaschonend, emissionsarm, vernetzt und letztendlich verkehrswirksam. Nach wie vor fordern wir, den erheblichen Defiziten für Fußgänger, Radfahrer, Öffentlichen Personennahverkehr und Modal Split entgegenzuwirken. Herr Kuhlmann, Ihre Verkehrsplanung ist uns zu einseitig auf den Autoverkehr ausgerichtet und bietet zu wenig Chancengleichheit für andere Verkehrsarten. Wir fordern daher die zügige Vorlage einer Nahverkehrsplanung, eines innovativen ÖPNV-Konzeptes, damit eine Umsetzung Ende 2017 endlich erfolgen kann, sowie die rasche Inangriffnahme verkehrsentlastender Maßnahmen in der Innenstadt.

Zur Innenstadt: Hier geht es uns um die Verbesserung der Wohn- und Aufenthaltsqualität für unsere Bürger. Wir Grüne wollen eine attraktivere und lebendigere Innenstadt mit einem Mehr an Kinderspielplätzen, mehr Grün, mehr Außenbestuhlungen und Verweilorten. Wir wollen eine Innenstadt mit gewissem mediterranem Flair, die zum Bummeln, Verweilen und zum Einkaufen animiert, was den Einzelhandel mitstärken würde. Das heißt, wir wollen die Innenstadt konzeptionell neu gestalten und auf die heutigen Bedürfnisse unserer Bürger ausrichten. Dies bedeutet auch eine Verringerung des Autoverkehrs und Abschmelzung von Parkplätzen in der Innenstadt. Keine Sorge, meine Kollegen von der Mehrheitspartei. Die zahlreichen Parkhäuser um den Altstadtring, die Tiefgaragen am Museum und Theater, die weit in die Innenstadt hineinragen, gewährleisten eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto. Nach wie vor gilt für uns: Wir wollen keine Innenstadt der Parkplätze, wir wollen eine Innenstadt für die Menschen.

Im neuen Stadtentwicklungskonzept wurde von den anderen Fraktionen „Natur und Landschaft“ in seiner kommunalen Bedeutung herabgestuft. Ein politisches No-Go für uns. Für uns Grüne heißt dies, uns mit Nachdruck für den Schutz der landschaftsprägenden Talhangwälder der Riss und Seitentäler mit ihrer hohen Bedeutung für Hochwasserschutz, innerstädtisches Binnenklima und stadtnaher Erholung für unsere Bürger einzusetzen. Dafür zu sorgen, dass die ökologisch wertvollen Kleingartenanlagen unserer Stadt, an denen viele Bürger hängen, erhalten bleiben. Letztendlich geht es uns darum, der Verarmung der Biberacher Naturlandschaft entgegen zu wirken.

Zum Flächenverbrauch, sprich Naturversiegelung: In unserer wirtschaftlichen Wachstumsregion besteht ein Bedarf an neuen Wohnungen und Gewerbegebieten. Bei der Ausweisung neuer Bauungsgebiete stellt sich meine Fraktion gegen einen „ungehemmten Flächenverbrauch“. Wir geben der Innenentwicklung und Bauverdichtung in der Stadt und den Ortsteilen den Vorrang. Wir sperren uns nicht gegen neue Bau- und Gewerbegebiete. Doch für deren Zustimmung legen wir, gegenüber den anderen Fraktionen, deutlich höhere Anforderungen in Bezug auf deren kommunalen Nutzen, deren Nachhaltigkeit sowie Umweltverträglichkeit. Nach wie vor ist unser langfristiges Flächenverbrauchsziel die Netto-Null.

Noch kurz zum Hochwasserschutz: Die zunehmenden globalen klimatischen Veränderungen wirkten sich im letzten Sommer erschreckend in unserer Stadt aus. Wir setzen im Rat weiterhin

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

auf einen beschleunigten Hochwasserschutz, wobei wir Renaturierungsmaßnahmen und die Schaffung von Retentionsräumen den Vorrang vor künstlichen Bebauungen geben. Als positives Beispiel möchte ich die Maßnahmen im Wolfental anführen.

Wir sind stolz auf unser wirtschaftlich starkes und kulturell reichhaltiges Biberach. Lassen Sie uns im neuen kommunalpolitischen Jahr im fairen und demokratischen Miteinander dafür sorgen, dass die ökonomische, soziale und ökologische Balance zum Wohle unserer Stadt erhalten bleibt.

Und noch eins: Liabs Herrgötle von Biberach, steh' du uns im Rat wohlwollend bei.

Abschließend noch ein Wort an unsere Gastgeber. Liebe Rißeggerinnen und Rißegger, Welch ein Wandel hat sich in den letzten 60 Jahren bei Ihnen vollzogen. In meiner Jugend waren Rißegg und Rindenmoos beschauliche Dörfer mit bäuerlicher Prägung weit außerhalb Biberachs. Und der Kartoffelsalat im „Adler“ war für mich damals das Rißegger Highlight. Zwischenzeitlich ist Ihr Ort weitgehend urbanisiert und nahe an Biberach herangewachsen. Heute bewundere ich Ihr eigenständiges Vereins- und Kulturleben wie den Musikverein, Sport- und Fußballverein und die Theatergruppe. Werte Rißegger, haltet an ihnen gut fest. Was die Stadtpolitik angeht, seien Sie versichert, nicht nur der Ortschaftsrat mit Herrn Theo Imhof, nicht nur die beiden hier wohnenden Stadträte Tom Abele und Dr. Manfred Wilhelm, sondern der gesamte Gemeinderat stehen aufgeschlossen und tatkräftig unserem Rißegg und Rindenmoos gegenüber."

StR Funk äußert sich wie folgt: „Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials.

Dankbar sind wir über die Klarstellung auf der Seite 29 des Vorberichtes. Hier wird aufgezeigt, dass zu den über 30 Millionen Euro Personalkosten noch einmal über 1,5 Millionen Euro durch Auslagerungen hinzukommen und dies in erster Linie bei Jugend Aktiv e. V. Die abgerechneten Personalkosten betragen im Jahr 2013 nur 23.9 Millionen Euro, also 20 Prozent weniger. Unser Oberbürgermeister hat „Halbzeit“ und wenn wir in dieser Haushaltsrede Zahlen vergleichen, so nehmen wir gerne die Zahlen aus den Jahren 2017 und 2013. Zitieren wollen wir auch aus Seite 37: „Nicht alles, was technisch machbar ist, ist wirtschaftlich auch sinnvoll.“ Diese Aussage ist besonders wichtig, da der Energiebericht 2015 der Stadt Biberach erneut keinerlei Aussagen über den personellen und finanziellen Einsatz von Ressourcen macht, um bestimmte Ergebnisse beim Energiesparen zu erzielen. Solange diese langjährige Forderung der FDP-Fraktion nicht erfüllt wird, können wir mit dem Energiebericht nur bedingt etwas anfangen. Wir stellen aber zufrieden fest, dass im Baudezernat nach unseren Vorstellungen, also wirtschaftlich, gehandelt wird. Die dadurch eingesparten finanziellen Mittel können an anderer Stelle eingesetzt werden, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Vollkommen einig sind wir auch mit folgender Aussage: „Mittelfristig betrachtet ist unser Investitionsprogramm wieder zu ambitioniert und eine rückläufige Tendenz, wie in den Vorjahren, nicht erkennbar.“ Die FDP-Fraktion hat bereits vor zwei Wochen aus mehreren Gründen beschlossen, dem neuen Verwaltungsvorschlag zu folgen und den Bau einer Grundschule-Talfeld zu verschieben. Diese Entscheidung ist ein Beitrag zur Entschleunigung bei den Baumaßnahmen.

Der Verwaltungshaushalt ist auf der Einnahmenseite erneut geprägt von Rekordsteuereinnahmen. Dies gilt dank der guten wirtschaftlichen Situation nicht nur für die Gewerbesteuer, sondern

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2016

auch für die Umsatzsteuer. Auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer stieg durch die Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie die kalte Progression überproportional. Bei gleicher Bevölkerungszahl in Biberach stieg die Steuerkraft pro Einwohner von 1.990 Euro im Jahre 2013 auf geplante 3.340 Euro in 2017. Das sind 68 Prozent. Da gibt es doch wirklich weiteren Spielraum, den Bürgerinnen und Bürgern etwas abzugeben. Oder? Wir werden auf jeden Fall beantragen, die Hebesätze der Grundsteuer auf 200 Prozentpunkte zu senken. Wir stellen also die im letzten Jahr beantragte Senkung erneut zur Abstimmung und hoffen auf Zustimmung. Im letzten Jahr ist uns nur eine Senkung auf 250 Prozentpunkte gelungen. Eine Senkung ist für uns auch wichtig, weil die Bodenrichtwerte in Biberach nach FDP-Meinung nicht schlüssig sind, diese aber bei einer geplanten Grundsteuerreform zum Einsatz kommen sollen. Im Vorbericht auf Seite 15 steht zudem: „Aus Sicht der Verwaltung brachte die Senkung der Grundsteuer zum 01.01.2016 für die Bürgerinnen und Bürger wenig Entlastung“. Ja, wir wollen mit unserem Antrag noch mehr Entlastung und den früheren Hebesatz erreichen.

Bei der Durchsicht des Haushaltsplanes ist es der FDP immer wichtig, dass die drei Säulen Bildungsausgaben auf hohem Niveau, angemessene Aufwendungen für die Substanzerhaltung und eine nachhaltige Finanzpolitik, ihre Berücksichtigung finden. Dies scheint im Moment noch der Fall zu sein. Sicher beurteilen kann dies die FDP-Fraktion aber erst, wenn die Umstellung auf die Doppik vollendet ist. Auf jeden Fall jagt auch die Ausgabenseite von Jahr zu Jahr zu neuen Rekorde.

Die Personalkosten sind der FDP-Fraktion eindeutig zu hoch. Die FDP-Fraktion hat dem Stellenplan schon letztes Jahr nicht zugestimmt und wird ihm wohl auch dieses Jahr nicht zustimmen können. Stellvertretend nennen wir die Stelle des Ehrenamtsbeauftragten. Mit der Schaffung dieser Stelle wurde nach unserer Auffassung über das Ziel hinausgeschossen. Die Personalkosten müssen runter und hier ist die Verwaltung aufgefordert, dem Gemeinderat Sparvorschläge zu unterbreiten und dies verteilt auf die zukünftigen Jahre.

Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt ist genau Null, was für eine Planung, was für eine Punktlandung. Sie ist im Jahr 2017 geprägt von der sehr hohen Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage. Ursächlich hierfür sind enorme Gewerbesteuernachzahlungen im Jahr 2015. Im langjährigen Durchschnitt ist die Zuführung ordentlich.

Dem fortgeschriebenen Investitionsprogramm 2016 – 2021 hat die FDP-Fraktion zugestimmt. Hierbei wurden auch die Prioritäten festgelegt. Wir legen aber Wert auf die Feststellung, dass wir damit nicht jedem einzelnen Projekt unsere Zustimmung erteilt haben oder werden. So wollten wir die Mali-Sporthalle sanieren und nicht neu bauen. Das geplante Technologiezentrum werden wir weiterhin kritisch begleiten. Wir warten auf die weiteren Informationen. Zu den Grundschulen und Kindergärten werde ich mich gleich noch äußern. Ein jahrzehntelanger Sanierungsstau ist immer noch nicht abgearbeitet. Wir denken an WG, PG und Mittelbergschule. Dieser Sanierungsstau ist mehr als inakzeptabel. Das Wieland-Gymnasium wird für lange Zeit als warnendes Beispiel für zukünftiges Handeln oder Unterlassen herangezogen werden können.

Und da sind wir auch schon bei den Rücklagen. Ziehen wir von unseren Rücklagen den Sanierungsstau, das Fremdkapital der Eigenbetriebe und die Aufwendungen für den geplanten notwendigen Grundstückserwerb ab, so relativiert sich die Höhe der Rücklagen sehr schnell. Erst danach sprechen wir über Risikovorsorge. Das freie Kapital wollen wir nicht langfristig bei einer Bank anlegen. Wir denken, jedenfalls in dieser Zeit der Null- oder Niedrigzinspolitik, an zusätzli-

chen Grunderwerb, Kauf von Wäldern, Beteiligungen an Wind- und Wasserkraftanlagen oder Infrastrukturnetzen jeder Art. Man könnte meinen, Finanzminister Schäuble wäre Mitglied unserer Fraktion. Er will bei den Autobahnen 50,1 Prozent für die Bundesrepublik und 49,9% für private Beteiligungen. Setzt er sich durch, können wir uns mit städtischem Geld beteiligen. Diese Finanzierungsart entspricht eins zu eins seit langem der Position unserer Fraktion bei Monopolisten. Daneben sollten bei einem Rückgang der Baukonjunktur unmittelbar die Mittel für die Substanzerhaltung antizyklisch erhöht werden, um den Sanierungsstau endgültig abuarbeiten. Zu allerletzt warten wir auf gesetzliche Änderungen, um unsere zweckgebundene Rücklagen mit den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen besser am Kapitalmarkt anzulegen, wie dies zum Beispiel das Land Norwegen tut. Fährt man zusätzlich das Fremdkapital der Eigenbetriebe auf Null, wird manch helles Eurozeichen in den Augen mancher Gemeinderäte und Amtsleiter nicht mehr so hell leuchten.

Für Fred Braig ist dies nun die achtzehnte und für mich die siebzehnte Haushaltsberatung. Von Anfang an artikulierten wir die Sanierungsbedürftigkeit der Schulen. Seit sehr langer Zeit fordern wir einen Gesamtplan und eine Diskussion für die zukünftigen Standorte der Kindergärten, der Förderschule und der Grundschulen sowie die Ermittlung der höheren Kosten wegen der zunehmenden Ganztagesbetreuung. Uns ging es besonders um die Klärung der Frage, ob Standorte bei den Arbeitsplätzen sinnvoll sind. Dieser Gedankenansatz ist bisher in die Diskussion kaum eingeflossen. Wir sind aber sehr zufrieden, dass es inzwischen ein Investitionsprogramm über fünf Jahre gibt, welches nun auch jährlich fortgeschrieben wird. Beides sind FDP-Wünsche, die vom Baudezernat mit Herrn Kuhlmann erfüllt worden sind. Bei den Kindergärten hat die Entwicklung ergeben, dass im Wesentlichen an den alten Standorten festgehalten wird. Die Kosten für eine Gruppe liegen heute bei rund einer Million Euro. Mit diesem Ergebnis sind wir einverstanden, weil Krippen- und Kindergartenplätze über das ganze Stadtgebiet verteilt sind.

Die Entscheidung bei den Grundschulen wird wohl mit hoher Wahrscheinlichkeit heute Abend lauten: Es gibt keinen Umzug und alle Schulen bleiben an ihren alten Standorten. Man hat sich über einen sehr langen Zeitraum im Kreis gedreht. Viel unnötiger Arbeitseinsatz bei Verwaltung und Gemeinderat gleichermaßen. Wieder einmal hat man mit Grundstücken geplant, die man gar nicht besitzt und den Gemeinderat darüber viel zu spät informiert.

Kritisch sehen wir weiterhin das Kulturbudget und die Tatsache, dass der Gemeinderat sich mit diesem Verschiebebahnhof nur alle drei Jahre beschäftigen darf. Gerade der CDU-Antrag zur Wieland-Stiftung hat uns in unserer Auffassung voll bestätigt. Die FDP-Fraktion ist bereit, der Stiftung während der Niedrigzinsphase mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, falls der Oberbürgermeister als Vorsitzender der Wieland-Stiftung einen begründeten Antrag stellt. Nur er und nicht die CDU-Fraktion kann einen solchen Antrag stellen.

Weiterhin akzeptieren wir nicht Personalausgliederungen wie zum Beispiel in den Verein Jugend Aktiv bei rein städtischen Aufgaben. Ähnliche Kritik übte Herr Wersch als CDU-Fraktions-Vorsitzender in seiner Rede zum Kreishaushalt 2017. Deshalb hoffen wir jetzt auf seine Unterstützung bei unserem Antrag.

Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft hat eine durch den Gemeinderat unkontrollierte Vermietungspraxis. Hier fordern wir Transparenz und die Information des Gemeinderates. Um den Wohnungsbestand zu erhalten, braucht der Eigenbetrieb Unterstützung in Millionenhöhe aus dem Haushalt der Stadt. Dies entspricht nicht der ursprünglichen Zielsetzung.

Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass die Sanierung von bestehendem Wohnraum die bessere Alternative ist. An dieser Stelle wollen wir auch darauf hinweisen, dass vor allem durch politische Entscheidungen die Mietkosten in die Höhe getrieben werden. Beispielhaft seien genannt: Herstellung von Bauplätzen, Bebauungspläne, Bauvorschriften wie die Landesbauordnung, Grunderwerbsteuer, Notarkosten, Energiepreise, Wasserpreise, Wartungsverpflichtungen, Mietgesetze und zuletzt die Grundsteuer. An jeder einzelnen Stellschraube kann und muss die Politik drehen. Wir als Gemeinderäte der Stadt Biberach können nur die Höhe der Grundsteuer bestimmen. Wir haben nicht einmal mehr einen Einfluss auf die Wasserpreise, weil die Wasserversorgung gegen die FDP-Stimmen vor über zehn Jahren an die e.wa riss abgegeben wurde.

Nun zu unseren Anträgen:

1. Die FDP-Fraktion beantragt die Senkung der Grundsteuerhebesätze A und B zum 1. Januar 2017 auf 200 Prozentpunkte. Die Gegenfinanzierung ist durch die Senkung der Kreisumlage von 29 Prozentpunkte auf 28 Prozentpunkte mehr als gesichert.
2. Die FDP-Fraktion beantragt das letzte Kindergartenjahr im Sinne eines Vorschuljahres gebührenfrei zu stellen. Dies fordern auch die Wirtschaftsweisen.
3. Die FDP-Fraktion beantragt die Personalauslagerungen bei Jugend Aktiv e.V. wieder in den städtischen Haushalt zurückzuführen. In einem ersten Schritt sollte die Schulsozialarbeit in das Amt für Bildung, Betreuung und Sport eingegliedert werden.
4. Die FDP-Fraktion beantragt: Die Verwaltung berichtet nichtöffentlich im Hauptausschuss über die ihr angebotenen Grundstücke, die sie nicht kaufen möchte.
5. Die FDP-Fraktion beantragt: Die Verwaltung zeigt im Jahr 2017 auf, wie in den nächsten Jahren die Personalkosten zurückgeführt werden können.
6. Die FDP-Fraktion beantragt: Die Verwaltung zeigt auf, wie das Haus Schulstraße 26 saniert oder erneuert werden kann.

Wie im letzten Jahr sagen wir von unserer Seite aus zügige Beratungen des Haushaltsplanes zu."

StR Heidenreich meint, dass es schwierig sei, die Zukunft vorherzusagen. Dennoch versuche man es. Man könne beispielsweise die Entwicklung der Zinssätze nicht vorhersagen. Klar sei aber, dass ein sozialer Wohnungsbau in Zeiten von Nullzinsen sinnvoll sei. Und es sei absehbar, dass es auch künftig Personen geben werde, die auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sein werden. Ähnlich verhalte es sich mit dem Straßenverkehr. Es sei unstrittig, dass dieser weiter zunehmen werde, gleichzeitig sollen die CO₂-Emissionen aber zurückgehen. Zumindest müsse die Stadt davon ausgehen, dass die von der Politik beschlossenen Energieziele auch erreicht werden sollen. Aus diesem Grund muss dem Thema ÖPNV ein besonderes Gewicht beigemessen werden. In diesem Zusammenhang könne er nicht verstehen, weshalb die fortschreitende Digitalisierung im Haushaltsplan überhaupt nicht erwähnt wurde. So könnten beispielsweise die Daten, welche durch die Smartphones anfallen, für eine zukunftsgerichtete Gestaltung des Verkehrs genutzt werden. Er verstehe nicht, weshalb diese Daten nicht genutzt werden.

Gemeinderat, 21.11.2016, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführer: Achberger

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann